

# BERLINER FAMILIEN

KOMMEN ZU WORT

DOKUMENTATION DER  
FAMILIENFOREN

2022/23



**Herausgegeben vom BERLINER BEIRAT FÜR FAMILIENFRAGEN**

# BERLINER FAMILIEN

KOMMEN ZU WORT

DOKUMENTATION DER  
FAMILIENFOREN

2022/23



**Der Berliner Beirat für Familienfragen verwendet einen weiten Familienbegriff:**

**„Familie, das sind alle Menschen  
unterschiedlicher Generationen und Lebenslagen,  
die füreinander Sorge tragen.“**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>EIN- UND AUSBLICK</b> .....	<b>6</b>
<b>FAMILIEN IN BERLIN</b> .....	<b>7</b>
<b>ÜBERSICHT DER FOREN</b> .....	<b>9</b>
<b>DOKUMENTATION DER FOREN</b> .....	<b>10</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT ALLEINERZIEHENDEN AM 18.08.2022 IN NEUKÖLLN</b> .....	<b>12</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT QUEEREN FAMILIEN AM 20.09.2022 IN SCHÖNEBERG</b> .....	<b>15</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT ELTERN VON SCHULKINDERN DER CARL-VON-OSSIETZKY-SCHULE AM 29.09.2022 IN KREUZBERG</b> .....	<b>18</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT QUEEREN FAMILIEN AM 18.10.2022 IN LICHTENBERG</b> .....	<b>20</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT VÄTERN IN ELTERNZEIT AM 10.11.2022 IM PRENZLAUER BERG</b> .....	<b>23</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT FAMILIEN MIT CHRONISCH KRANKEN, BEHINDERTEN UND/ODER PFLEGEBEDÜRFTIGEN KINDERN AM 29.11.2022 IN ZEHLENDORF</b> .....	<b>26</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT INTERNATIONALEN FACHKRÄFTEN DER ZALANDO-ELTERNGRUPPE AM 20.04.2023 IN FRIEDRICHSHAIN</b> .....	<b>31</b>
<b>FAMILIENFOREN MIT ELTERN DES KIEZES HIGH-DECK-SIEDLUNG AM 25.04.2023 UND 03.07.2023 IN NEUKÖLLN</b> .....	<b>34</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT ZUGEWANDERTEN FAMILIEN AM 06.06.2023 IN KREUZBERG</b> .....	<b>37</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT ALLEINERZIEHENDEN MÜTTERN MIT ZUWANDERUNGSGESCHICHTE AM 12.06.2023 IN MOABIT</b> .....	<b>40</b>
<b>FAMILIENFORUM MIT ALLEINERZIEHENDEN AM 07.07.2023 IN STEGLITZ</b> .....	<b>43</b>
<b>WÜNSCHE DER FAMILIEN AN POLITIK, VERWALTUNG UND GESELLSCHAFT</b> .....	<b>46</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	<b>52</b>
<b>DANKSAGUNG</b> .....	<b>54</b>
<b>IMPRESSUM</b> .....	<b>55</b>

## EIN- UND AUSBLICK

Der Berliner Beirat für Familienfragen möchte durch aufsuchende Arbeit in Erfahrung bringen, wie Familien besser unterstützt werden können. Denn Familien wissen am besten, was sie selbst brauchen, um ihren eigenen Familienalltag in der Großstadt zu organisieren. Vor allem wollen wir wissen: Wo drückt der Schuh? Welche Hilfen benötigen Familien? Was wünschen sich Berliner Familien? Der Austausch erfolgt auf Augenhöhe. Wir kommen an Orten ins Gespräch, an denen Familien sich treffen: in Schulen, Kitas, Familienzentren, Sommerfesten oder Elterncafés.

Die Anregungen der Familien werden dokumentiert und an Politik, Verwaltung und Verbände weitergegeben. Sie fließen in den nächsten Berliner Familienbericht 2025 ein, den der Familienbeirat für das Land Berlin erstellt. Schwerpunkt des Familienberichtes wird die Betrachtung von Familien sein, die aufgrund ihrer jeweiligen individuellen Situation besondere Herausforderungen meistern müssen und daher spezielle Bedarfe benötigen.

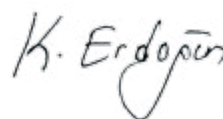
In den Jahren 2022 und 2023 führten wir insgesamt zwölf Familienforen mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern durch. Wir trafen uns mit Eltern in Berliner Schulen, Familienzentren, auf Sommerfesten, in einem Jugendclub und bei einem Unternehmen. Dabei haben wir mit Alleinerziehenden und queeren Familien, mit Vätern und Müttern, zugewanderten Familien, Eltern von chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern gesprochen. Es fanden Familien Gehör, die in der Innenstadt, am Stadtrand, in Mehrfamilienhäusern oder in Einfamilienhäusern wohnen, die arm, armutsgefährdet, gut situiert oder wohlhabend sind, die im Norden, Osten, Süden oder Westen der Stadt leben.

Die Vielfältigkeit der Teilnehmenden auf den Foren war beeindruckend. Wir bekamen viele tiefe und bewegende Einblicke in die Problemlagen von internationalen,

sozial äußerst unterschiedlich aufgestellten Familien in verschiedenen Lebensformen und Lebenslagen. Trotz dieser diversifizierten Lebensrealitäten gab es Gemeinsamkeiten: Alle Familien wünschen sich mehr Zeit füreinander und sie nutzen gerne Einrichtungen für Familien, wie Familien- und Nachbarschaftszentren, um sich auszutauschen und etwas Erholung zu finden.

Viele Berliner Familien sind erschöpft. Die Ursachen dafür sind nicht nur Nachfolgen der Coronapandemie und die aktuelle Krisensituation der Gesellschaft. Vielmehr handelt es sich um langfristige Strukturen, aus denen sich Mehrfachbelastung ergibt, speziell eine zunehmende Schwierigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren; erschwerend hinzu kommt eine Überforderung mit bürokratischen Vorgängen. Auch vielfach erlebte Benachteiligungen und Diskriminierungen tragen entscheidend dazu bei. Familien sind also überwiegend durch Faktoren belastet, die durch politische Entscheidungen und Maßnahmen im Sinne der Familien verbessert werden können!

Wir erhalten stets Rückmeldungen, dass die Familienforen als sehr wertschätzend empfunden werden. Auf den meisten Foren wurde angeregt, solche Veranstaltungen verstärkt und wiederholt anzubieten. Wir werden also diesen Weg der aufsuchenden Arbeit weitergehen und hoffen bei Politik und Verwaltung Gehör zu finden.



**Kazım Erdoğan**  
Vorsitzender des  
Familienbeirats



**Gabriele Schmitz**  
Leiterin der  
Geschäftsstelle

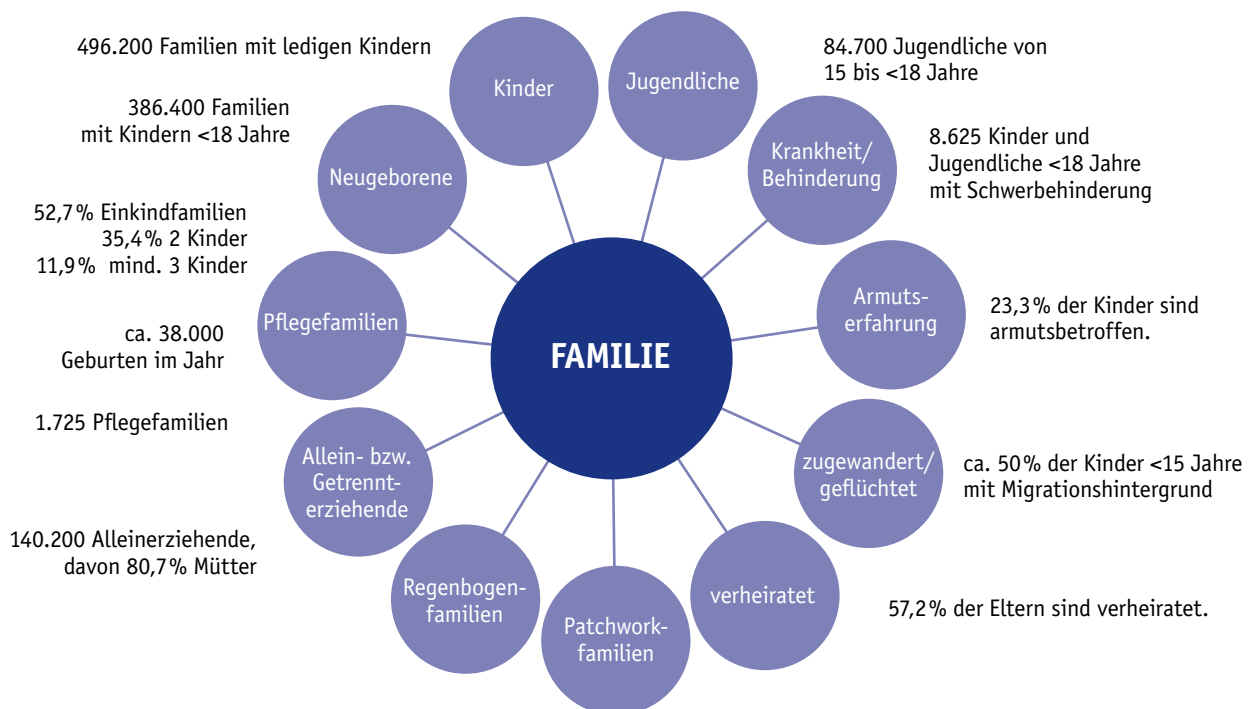
# FAMILIEN IN BERLIN

In Berlin sind 3,68 Millionen Menschen wohnhaft, davon leben 1,66 Millionen Menschen mit ihren Kindern in einem Haushalt und gelten statistisch gesehen als Familie.<sup>1</sup> Das sind 45,2% der Berliner Bevölkerung bzw. insgesamt 496.200 Familien mit ledigen Kindern, darunter 386.400 Familien mit minderjährigen Kindern. Demnach ist die Anzahl der Familien 2022 im Vergleich zum

Vorjahr leicht gestiegen: 2021 lebten noch lediglich 483.700 Familien mit ledigen Kindern in der Stadt.<sup>2</sup>

In Berlin überwiegt die Einkindfamilie mit 52,7% aller Familien. 35,4% haben zwei Kinder, 8,9% drei Kinder und 3% vier oder mehr Kinder.

## LEBENSFORMEN UND LEBENSPHASEN VON BERLINER FAMILIEN



1 - Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d.h. gemischtgeschlechtliche und gleichgeschlechtliche Ehepaare und Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern/-teile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit eine(m)/-r Partner/-in in einer Lebensgemeinschaft leben, werden im Mikrozensus nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern zählen statistisch als eigene Familie bzw. Lebensform.

2 - Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Ergebnisse des Mikrozensus im Land Berlin 2021 (Endergebnisse), Statistischer Bericht, AI10-j/21, AI11-j/21, AVI2-j/21. Potsdam, Mai 2023

Familienformen: Die meisten Berliner Eltern sind verheiratet (57,2%). 14,5% der Eltern leben in einer Lebensgemeinschaft. In fast jeder dritten Familie sind die Eltern allein- bzw. getrennterziehend (28,3%). 80,7% der alleinerziehenden Elternteile in Berlin sind Mütter.

Die Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren nimmt weiter zu und beläuft sich auf rund 623.200, was einem Anteil von 16,9% an der Berliner Gesamtbevölkerung entspricht. In Berlin leben:

- 212.900 Kinder unter 6 Jahren,
- 325.500 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und unter 15 Jahren,
- 84.700 Jugendliche zwischen 15 und unter 18 Jahren.

Ein Blick in die Bezirke zeigt, dass zahlenmäßig die meisten Familien mit minderjährigen Kindern im bevölkerungsreichen Pankow (53.000 = 13,7%) leben, gefolgt

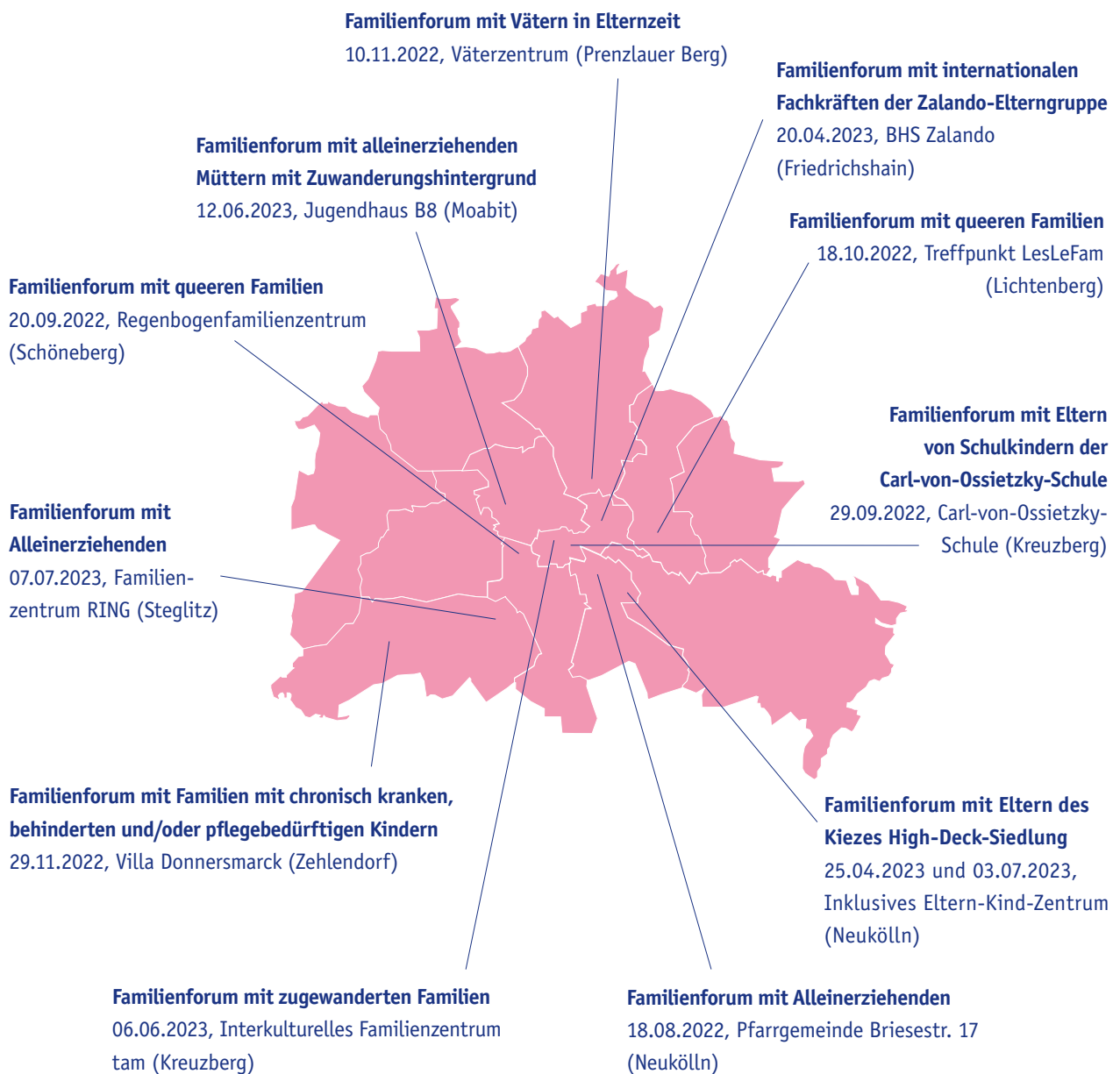
von Mitte (10,3%) und Lichtenberg (8,9%), während die wenigsten Familien in Spandau (5,9%) und Reinickendorf (6,4%) wohnen.

Laut der neuen Bevölkerungsprognose 2021 – 2040 wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen weiter zunehmen, allerdings geringer als in den letzten Jahren. Demnach sei eine Steigerung der Anzahl der Kinder bis unter 6 Jahren um 1,5% (+3.000) zu erwarten, während es bei der Altersgruppe der 6- bis unter 18-Jährigen etwa 9% (+35.000) sind.<sup>3</sup> Das bringt Herausforderungen für die Stadt. Schon heute gibt es für Familien zu wenige ausreichend große und zugleich bezahlbare Wohnungen. Passende Kita- und Schulplätze sind nur mit großem Aufwand zu finden. Die Schaffung von neuem Wohnraum und einer entsprechenden sozialen Wohninfrastruktur muss daher eine der dringlichsten Aufgaben der Familienpolitik in Berlin sein.

3 - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2021-2040. Berlin, 13.12.2022



# DIE BERLINER FAMILIENFOREN 2022/23



# DOKUMENTATION DER FOREN

## KONZEPT, METHODIK UND VORGEHEN

Zwischen August 2022 und Juli 2023 führte der Berliner Beirat für Familienfragen zwölf Familienforen durch. Sie fanden mit divers aufgestellten Familien in individuellen Lebenslagen und Lebensphasen in verschiedenen Bezirken und Ortsteilen mit unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur statt.

Um ein möglichst vielfältiges Spektrum an Familien zu erreichen, wurden die Familienforen in Kooperationen mit verschiedenen Interessensverbänden für Fokusgruppen an unterschiedlichen von Familien frequentierten Orten organisiert. Dazu zählten Schulen, Sommerfeste, Elterncafés, Krabbelgruppen, eine Selbsthilfegruppe sowie ein Unternehmen. Da die Foren in vertrauter Umgebung stattfanden konnten wir für Familien eine offene Atmosphäre schaffen.

Als wissenschaftliche Grundlage wählten wir die Arbeit mit Fokusgruppen. Dies ist ein qualitativer Ansatz, der aus den Übereinstimmungen in Aussagen zur Situation von Familien unterschiedlicher Gruppen aus verschiedenen Bezirken Gemeinsamkeiten ableitet, die dadurch eine hohe Validität aufweist. Der Fokus lag auf Familien, die besondere Herausforderungen zu meistern haben und somit auch spezielle Unterstützungsbedarfe haben, z. B. Alleinerziehende, Familien mit Zuwanderungsgeschichte, queere Familien sowie Familien mit chronisch kranken, behinderten und/ oder pflegebedürftigen Kindern.

Der Ablauf der Foren war grundsätzlich beteiligtenorientiert angelegt und der Austausch fand auf Augenhöhe statt. Als wichtigstes Prinzip in den Gesprächsrunden erwies sich die Vertraulichkeit.

Bei den Familienforen gibt es keine Vortragenden oder Inputs – alle Teilnehmenden nennen ihre Themen und erörtern sie gemeinsam. Die breite Beteiligung ermöglicht es, viele Perspektiven und Sichtweisen in den Raum zu bringen, das wechselseitige Lernen zu steigern und den Teilnehmenden Eindrücke zu vermitteln, die in einigen Fällen auch unter die Haut gehen.

Die meisten Foren wurden von Moderatoren des Argo-Teams begleitet. Sie hatten alle einen ähnlichen Ablauf: Nach einer kurzen Einführung nahmen die Familien etwa 45–60 Minuten an einem Schreibgespräch teil. Bei dieser Methode stehen die Teilnehmenden in kleinen





Gruppen vor Moderationstafeln. Hier sollen sie einen Satzanfang ergänzen und sich dabei austauschen. Satzanfänge waren z. B.:

- „Bei der Bewältigung des Alltags meiner Familie hilft mir ...“
- „Im Alltag ist es schwierig, weil ...“
- „Damit es im Alltag für meine Familie einfacher wird, bräuchte es ...“.

Diese Methode führt dazu, dass Personen einzeln ihre Erfahrungen aufschreiben, dabei miteinander ins Gespräch kommen und sich vor allem auch gegenseitig beraten. Dadurch ergaben sich sehr vertrauensvolle, tiefgründige Gespräche. Im Anschluss setzten sich alle in einen Stuhlkreis zusammen, tauschten sich über ihre Erfahrungen aus und werteten die wichtigsten Punkte gemeinsam aus (Zeitaufwand: ca. 45 – 60 Minuten). Hierbei wurden die gemeinsamen, manchmal auch leidvollen Erfahrungen noch einmal geteilt. Die einzige Regel, die wir einführten lautete: „Alle Wahrnehmungen haben Gültigkeit.“

Die Passgenauigkeit des methodischen Vorgehens wurde jeweils durch eine systemisch besetzte Vorbe-

reitungsgruppe abgesichert, mit der wir das jeweilige Familienforum planten.

Die Äußerungen der Familien wurden thematisch ausgewertet, um Unterstützungsbedarfe besonders zu beleuchten. Die Ergebnisse gingen und gehen an die verschiedenen Akteure: Politik, Verwaltung, Verbände, Vereine und Presse. Sie bilden auch eine Grundlage für den nächsten Berliner Familienbericht 2025, den der Berliner Beirat für Familienfragen erstellt. Auf diese Weise geben wir den Berliner Familien eine Stimme und hoffen, dass Familienpolitik verstärkt in den Fokus genommen wird.

# FAMILIENFORUM MIT ALLEINERZIEHEN- DEN AM 18.08.2022 IN NEUKÖLLN

**Ort: Pfarrgemeinde, Briesestr. 17, 12053 Berlin**

**Veranstaltende: Koordinierungsstelle für Alleinerziehende (KOOST) in Neukölln in Kooperation mit dem Berliner Beirat für Familienfragen**

Das Familienforum wurde auf einem Sommerfest der KOOST für Alleinerziehende angeboten. 16 bis 17 alleinerziehende Mütter nahmen an der Gesprächsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern des Familienbeirats teil. Sie sprachen über ihre Situation und darüber, was ihnen hilft, was sie belastet, was sie sich wünschen und was passieren muss, damit es besser laufen könnte.

## ERGEBNISSE

Bei der Gesprächsrunde wurden viele Themen angesprochen, die Familien und insbesondere Alleinerziehende betreffen: Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung, notwendige finanzielle Unterstützungen und drohende Armut, die zeitliche Belastung durch bürokratische Vorgänge, die Wichtigkeit von Netzwerken und Orten der Begegnung für Alleinerziehende, fehlende Anerkennung durch die Gesellschaft und vieles andere mehr.

***„Ich fühle mich oft  
allein gelassen.“***

Die Alleinerziehenden nehmen Deutschland als kinder- und familienfeindlich wahr.

***„Es braucht ein ganzes Dorf,  
um ein Kind zu erziehen.“***

Kinderlose Menschen müssen „mit ins Boot geholt werden“. Sie müssen sich im Alltag „emotional allein“ mit existenziellen Fragen beschäftigen.

***„Was passiert mit meinem Kind,  
wenn ich in die Klinik muss,  
weil ich keine Kraft mehr habe?“***

## VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF SOWIE AUSBILDUNG

Die Alleinerziehenden berichten, dass sie „oft nur funktionieren für Lebensunterhalt und Mutter sein“.

***„Ausbildung/Job ist zu viel –  
Alleinerziehende schaffen  
das nicht.“***

Alleinerziehende stehen vor der Wahl: Kind oder Beruf. Sie „möchten auch Mutter sein und wählen dann immer das Kind und damit Armut“, denn Alleinerziehenden und Teilzeitarbeitsuchenden stehen aufgrund ihrer reduzierten zeitlichen Flexibilität weniger Jobmöglichkeiten zur Verfügung.

Eine Alleinerziehende erläutert, dass sie ihren Wunschberuf nicht anstreben kann, da keine Teilzeitausbildung möglich sei. In Vollzeit wäre sie rund 10 Stunden am Tag unterwegs: „Ich möchte auch noch Mutter sein können und nicht nur mein Kind fremdbetreuen lassen.“



Eine andere Alleinerziehende berichtet, dass die Bürokratie und die Gebühren bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen zu hoch seien. Ausländische Zeugnisse würden bei der Bewertung oft geringer eingeschätzt.

Die Jobcenter bieten Umschulungen oft in Zeiten an, die Alleinerziehende nicht wahrnehmen können, da die Kinderbetreuung nicht gesichert ist.

Neben dem Wunsch, Ausbildung und Umschulung in Teilzeit wahrnehmen und ausländische Abschlüsse leichter anerkennen lassen zu können, wünschen sich die Alleinerziehenden auch mehr verlässliche, flexible und ergänzende Kinderbetreuungsangebote.

## FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR ALLEINERZIEHENDE UND ARMUT

Die Anwesenden sind dankbar für viele Leistungen wie kostenfreie Kitas in Berlin, aber insgesamt verschlinge die Bürokratie zu viel Zeit.

Die Alleinerziehenden gehen davon aus, dass sie Altersarmut erwartet, da sie aufgrund ihrer eingeschränkten zeitlichen Flexibilität überwiegend nur in Teilzeit arbeiten (können) und zudem oft in „minderwertigeren Jobs“ arbeiten müssen.

Die Jobcenter laut den Alleinerziehenden üben großen Druck aus, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Die Teilnehmenden berichten, dass es das Jobcenter Alleinerziehenden sehr „hart“ macht.

### **„Aber wie soll ich arbeiten mit Kind?“**

Auch wenn man motiviert ist, erfährt man keine Unterstützung bzw. Akzeptanz.

Es werden einige Regelungen angesprochen, die die Alleinerziehenden als ungerecht und zum Teil realitätsfern ansehen. So wird das Kindergeld z. B. bei der Berechnung von den staatlichen Zuschüssen abgezogen. Jobcenter gewähren keinen Vorschuss o. Ä., so dass man im Bedarfsfall auf private Leihe angewiesen sei, was nicht einfach ist. Der BuT-Satz in Höhe von 20 Euro für Sport/Sportvereine sei zu niedrig und nicht alle Angebote seien förderfähig.

## VERWALTUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Die Alleinerziehenden zeigen sich sehr dankbar für Leistungen, die sie erhalten. Aber der Bürokratieaufwand sei viel zu hoch; „diese Zeit wäre besser für die Kinder aufgehoben“. Sie benötigen Hilfe bei der Bürokratie, z. B. beim Ausfüllen der Formulare. Die Teilnehmenden vermuten, dass die aufwendigen Antragstellungen für bildungsferne Alleinerziehende noch viel schwieriger sind und daher Angebote und Leistungen nicht alle bedürftigen Alleinerziehenden erreichen.

Die Alleinerziehenden empfinden einen Großteil der Bürokratie als „unnötig“. Dies gilt generell für Angebote, die alle paar Monate neu beantragt bzw. verlängert werden müssen, obwohl sich die Situation nicht ändert bzw. ändern kann (z. B. für Wohngeld, kostenloses Kitaessen, Mokis, BuT, Unterhaltsvorschuss), oder auch für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Außerdem wird von einem Fall berichtet, in dem das Jugendamt unsensibel und datenschutzrechtlich problematisch reagiert hat. Das Amt habe die persön-

lichen Daten einer Mutter an den Ex-Partner (Kindsvater) weitergeben, ohne dies mit der alleinerziehenden Mutter abzustimmen.

## NETZWERKE UND ANGEBOTE FÜR ALLEINERZIEHENDE

***„Ich schäme mich oft dafür, um Unterstützung bitten zu müssen.“***

Die Alleinerziehenden wünschen sich „mehr Räume für Gemeinschaft“, um „emotionale Themen nicht allein tragen“ zu müssen. Das beschäftigt die Alleinerziehenden sehr, und sie profitieren vom Austausch untereinander.

***„Mein Netzwerk ist durch ein Familienzentrum entstanden.“***

Es wird darüber diskutiert, wie die Angebote zu den Menschen kommen. In Berlin gebe es sehr viele (Hilfs-) Angebote, die schwer zu finden oder an zu viele Anträge gebunden seien. Die Angebote müssen niedrigschwellig sein.

***„Ein Netzwerk aufzubauen, ist nicht einfach, es ist ein fragiles Gebilde. Paar-Eltern sind eher untereinander und können mehr stemmen.“***

***„Es gibt viele tolle (Unterstützungs-)Angebote für Alleinerziehende oder Familien, aber ich erfahre nie etwas von diesen Angeboten.“***

Die Alleinerziehenden beschäftigen der Umgang mit den Medien und der hohe Medienkonsum bei Eltern und Kindern. Kinder geraten zu leicht an gefährliche, unseriöse Medien. Angebote der Medienbildung seien schlecht zu finden – „nur für diejenigen, die sie suchen.“

# FAMILIENFORUM MIT QUEEREN FAMILIEN AM 20.09.2022 IN SCHÖNEBERG

**Ort: Regenbogenfamilienzentrum, Cheruskerstr. 22, 10829 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Regenbogenfamilienzentrum und dem LSVD Berlin-Brandenburg e. V.**

Es trafen sich neun Interessierte, davon acht Elternteile aus queeren Familien mit jungen Kindern, zu einem Workshop, um sich mit dem Familienbeirat über die Herausforderungen in ihrem Familienalltag in Berlin auszutauschen. Die Teilnehmenden kamen aus sechs unterschiedlichen Stadtteilen, überwiegend aus dem Westteil der Stadt.

Wir benutzen das Adjektiv queer, um alle LSBTIQ\*-Menschen zu bezeichnen. Bei der Bezeichnung queere Familien beziehen wir die heterosexuell orientierten Familienmitglieder (meist die Kinder) mit ein.

## ERGEBNISSE

Im Gespräch ging es viel um soziale und strukturelle Gewalt in Form von Unverständnis bis hin zu offener Diskriminierung auf gesellschaftlicher Ebene, um Ausdrücke struktureller Gewalt durch das teilweise verfassungswidrige Abstammungsrecht sowie um demütigende Erfahrungen mit Ämtern und Behörden. Allein die Community kann für einen geschützten Raum der freien Entfaltung für Eltern wie Kinder garantieren.

## DISKRIMINIERUNG

***„Es ist auch verletzend und übergreifend, wenn man ständig in Frage gestellt wird.“***

Queere Familien erleben in ihrem Alltag eine Resonanz aus Unverständnis und Anfeindungen. Neben der

Herausforderung, ein Kind oder mehrere Kinder in der Entwicklung zu begleiten, kommt bei queeren Familien ein dauerhafter Druck zum Tragen, die familiäre Situation Dritten gegenüber zu erläutern, zu erklären und zu begründen. Die Überlagerung unterschiedlicher Diskriminierungsformen wird fachsprachlich „Intersektionalität“ genannt. Teilnehmende des Forums berichten davon, dass sie weil sie „Pflegermutter und Lesbe sind oder trans\* und bilingual“ sind „doppelt diskriminiert“ und von Teilhabechancen an der Gesellschaft ausgeschlossen würden bzw. verminderte Teilhabemöglichkeiten hätten.

***„Zu allen Auseinandersetzungen, die Familie hat, kommen die Hürden für queere Familien noch hinzu.“***

Dabei steht der freien und sicheren Entfaltung der kindlichen Entwicklung, das permanente Hinterfragen der familiären Situation durch die eigene Familie, durch Bekannte, Kitamitarbeitende, Lehrkräfte und staatliche Stellen wie Ämter und Gerichte im Wege. Dieser Resonanzboden entzieht den Eltern Energie, die eigentlich für das Kind da sein sollte. Die Familien berichten von der Erfahrung, dass Diskriminierungen und Übergriffe zunehmen, sobald man schwanger ist bzw. Kinder hat.

***“Was?! Ihr beide könnt doch nicht die Mütter sein! Wo ist denn der Vater? Was?! Es gibt nur einen Spender? – Euer Kind tut mir aber leid!”***

**„Es ist anstrengend, immer diese Lehrarbeit zu machen.“**

## RECHTLICHE SITUATION UND ERFAHRUNGEN MIT ÄMTERN

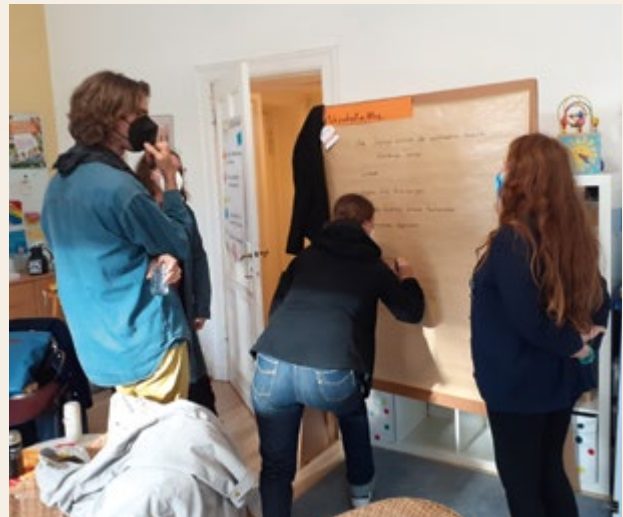
Für queere Familien kommt durch die rechtliche Diskriminierung zusätzlicher Aufwand für Formalien, wie Anträge und Gespräche mit Ämtern und Behörden, hinzu, weil meist nur eine Person unterschriftsberechtigt ist. Dazu gehören auch Adoptionsverfahren oder Rechtsverfahren wie Klagen und Widersprüche zu Bescheiden, die den Alltag von queeren Familien zusätzlich belasten und Zeit für das Kind rauben. Insbesondere die Adoptionsverfahren dauern viel zu lang: mindestens sechs Monate und bei Anträgen aus Nicht-EU-Ländern sogar drei bis vier Jahre.

**„Ich habe Angst, dass ich für die Adoption vom Amt als nicht fit genug gesehen werde, deshalb suche ich mir gerade keine Hilfe bei einem Burnout, da diese aktenkundig werden könnte.“**

Die ämterübergreifende Zuständigkeit (Jugendamt, Vormundschaft bei Pflegekindern, Sozialamt und Arbeitsagentur, Ausländerbehörden etc.) bedeutet für alle Berliner Familien einen Förderdschungel, der ohne unabhängigen Beistand samt Beratung nicht zu durchdringen ist. Gerade für junge Familien wäre eine Lösung aus einer Hand mit einem allumfassenden Antrag wünschenswert. Vor allem die kurzfristige Gewährung von Hilfen, die absehbar für einen längeren Zeitraum gezahlt werden und immer wieder neu beantragt werden müssen, belastet den Alltag und beeinträchtigt das Verhältnis zur Verwaltung negativ.

## NETZWERKE UND ANGEBOTE

Durch die alltäglich erlebten Diskriminierungen sind Räume, in denen sich queere Familien nicht erklären müssen, sehr wichtig. Regenbogenfamilienzentren bie-



ten queeren Familien einen geschützten Raum – einen sicheren Ort, an dem sich Kinder und Eltern aus queeren Familien treffen, austauschen und sein dürfen, wie sie sind.

Die Beratungsangebote für queere Familien zur Unterstützung bei Alltags- wie Antragsverfahren und rechtlichen Belangen werden als sehr hilfreich und wichtig bezeichnet. Sie „wissen Bescheid, ich bekomme gleich die richtige Beratung und muss nicht zu drei Organisationen“. Spezielle Angebote für Pflegeeltern werden ebenfalls als sehr unterstützend wahrgenommen; allerdings divergiert ihre Verfügbarkeit von Bezirk zu Bezirk stark.

## VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Queere Familien haben mit den gleichen Hindernissen im Alltag zu tun wie alle anderen Familien in Berlin auch. Der Kitaplatz entscheidet darüber, ob und wann ein Elternteil wieder arbeiten kann oder die Entwicklungsarbeit übernimmt.

**„Wenn die Kita im Juli schließt und die Schule beginnt im September, wer betreut dann unser Kind in der Zwischenzeit?“**



Familienangehörige und Freunde springen ein und helfen. Besonders erschöpfend im Alltag ist die „Jonglage von Anforderungen, Terminen, Schlafmangel, langen, anstrengenden Tagen und sich selbst und den eigenen Ansprüchen gegenüber dem Kind und dem/der Partner\*in gerecht zu werden“, insbesondere dann, wenn Eltern nicht auf Familiennetze und eine stabile Vernetzung im Kiez zurückgreifen können.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird als „dringend erforderlich“ gesehen:

***„Teilhabe an Angeboten ist bei Vollzeit Mangelware. Ich höre oft, ihr habt tolle Angebote in den Regenbogenfamilienzentren, aber wir haben keine Zeit und können nicht kommen.“***

Die Anwesenden berichten, dass für sie die Situation auf der Arbeit leichter sei, wenn die eigenen Vorgesetzten auch queer leben, das Kita-Personal einen queeren Hintergrund hat oder man nicht die einzige queere Familie in der Kita ist, da dann mehr Verständnis und Empathie für die Situation der queeren Familien vorhanden seien. Diesbezüglich wünschen sich die Familien mehr Wissen und Sensibilität in den Kitas. Es gebe zu wenige Kitas mit Queer-Vielfalt, was zu langen Fahrtwegen der queeren Familien führt.

## FINANZIELLE ASPEKTE

Auf queere Menschen mit Kindeswunsch, aber ohne Zugang zu einer privaten Samenspende kommen besondere Kosten zu, wenn sie den Weg über eine Kinderwunsch-klinik gehen.

***„Bis das Kind in einem Bauch wächst, kann das schon mal den Preis eines Neuwagens haben!“***

Viele queere Paare können sich eine künstliche Befruchtung nicht leisten.

Pflegeeltern bekommen kein Elterngeld. Das wird von den Anwesenden als ungerecht empfunden.

Etliche queere Paare, bei denen ein\*e Partner\*in die Care-Arbeit bewältigt, haben prekäre Jobs. Oftmals, gerade in der sozialen Arbeit, werden Freien Trägern nur Projektmittel gewährt, aus denen Jahresverträge und Teilzeitanstellungen resultieren, die keine kontinuierliche sozial abgesicherte Arbeitsstelle gewährleisten. Permanent benötigte Angebote und Beratungen sind häufig unterfinanziert und hinsichtlich des Personalschlüssels schlecht ausgestattet. Laut Aussage der Teilnehmenden bedarf es deswegen zweierlei: sozialer Transferleistungen, die die Kosten in der Realität abbilden, und institutioneller Förderungen für Familienzentren und Beratungsstellen.

# FAMILIENFORUM MIT ELTERN VON SCHULKINDERN DER CARL-VON-OSSIETZKY-SCHULE AM 29.09.2022 IN KREUZBERG

**Ort: Carl-von-Ossietzky-Schule, Blücherstr. 46, 10961 Berlin**

**Veranstaltende: Gesamtelternvertretung der Carl-von-Ossietzky-Schule**

Im Rahmen der Gesprächsreihe „Das Bühnengespräch – Gemeinsam – Miteinander“ nahmen rund 20 Eltern an dem Familienforum teil, deren Kinder teilweise auch in benachbarte Schulen gingen. Die meisten Familien hatten eine Zuwanderungsgeschichte. Zu Gast war der Berliner Beirat für Familienfragen. Der Vorsitzende Kazım Erdo an beantwortete zusammen mit dem Schulleiter Michael Dahms die Fragen der Eltern zur Unterstützung und Beratung ihrer Kinder. Gemeinsam wurden Lösungsvorschläge diskutiert.

Die Veranstaltung wurde dreisprachig angeboten und zweisprachig durchgeführt, auf Deutsch und Türkisch.

## ERGEBNISSE

Es kamen unterschiedliche Themen und Anliegen zur Sprache. Dass den Schulen insgesamt zu wenig Geld zur Verfügung steht, wurde dabei als grundsätzliches Problem angesehen. Die Eltern fordern mehr Qualität bei der Bildung und eine modernere Ausstattung der Schulen: mehr Digitalisierung, mehr Fachkräfte, mehr Sicherheit und bessere Fördermaßnahmen für die Kinder.

## WIE KANN SCHULE VERBESSERT WERDEN?

Schule ist Lebensraum und Lebensort und daher stand diese Frage stand als als Anfangsfrage im Raum.

Den Eltern liegt die Qualität der Bildung ihrer Kinder sehr am Herzen. Die Schulen sollten besser finanziert

werden. Vor allem wünschen sich die Eltern eine intensivere Sprachförderung, mehr Digitalisierung in den Schulen, Medienpädagogik und mehr Fachkräfte sowie im Hort eine bessere Förderung der Kinder und mehr Angebote.

**„Der Senat soll sich mal anschauen, wie die Klassenräume gestaltet sind. Die Kinder müssen 10-Kilogramm-Rucksäcke schleppen, weil kein Platz für Material in der Schule ist.“**

Sprachförderung ist den Eltern ein besonders wichtiges Anliegen. Insbesondere neu zugewanderte Eltern betonen im Rahmen der Diskussion die Wichtigkeit von zusätzlichen Angeboten zum schnellen Erlernen der deutschen Sprache. Neben der Problematik fehlende Sprachkenntnisse sind sie auch mit einem vollkommen anderen Bildungssystem konfrontiert, über das sie sich zu wenig informiert fühlen. Viel hänge vom Engagement der Lehrkräfte ab. Es gebe Sprachbarrieren, aufgrund derer werden weniger Gespräche geführt würden: „Manchmal erreichen wir die Lehrkräfte nicht.“

Die Eltern berichten von den Schwierigkeiten, die ihnen das Homeschooling während der Pandemie bereitet hatte. Die Schulkinder erhielten Tablets, doch nicht alle wussten wie man damit umgeht. Folglich müsse der Umgang mit Medien in den Schulen mehr thematisiert werden, auch für den privaten Bereich (z. B. Social Media).

Die Eltern berichten, dass es für die jüngeren Kinder viele kostenlose Angebote gebe, nicht jedoch für Jugendliche. Sie wünschen sich daher mehr AGs für die größeren Kinder.

Auch gebe es viele Kinder mit Förderbedarf, aber zu wenig Förderung für diese Kinder. Es fehlen die Fachkräfte. Wenn die betroffenen Kinder nicht gefördert werden, dann haben sie in den Oberschulen kaum eine Chance mitzukommen.

Die Eltern bemängeln ferner, dass es in den Schulen oft an moderner Technik fehle. Ansonsten wünschen sie sich auch mehr Aufklärung zu den Themen Mobbing und Gewalt.

**„Ich wünsche mir mehr Werkstätten und nicht nur Frontalunterricht. Wo ist das Material für die Digitalisierung? Es gibt viel zu wenig Räume.“**

Die Eltern sorgen sich zudem um die Sicherheit ihrer Kinder an den Schulen. So kritisierten sie die Verkehrssituation vor der Schule und brachten gleich Ideen zur Verbesserung ein. Gerade für Brennpunktschulen wünschen sie sich Security, auch um Dealer vor den Schulen abzuschrecken.

Die Gesamtelternvertretung nimmt auch die Eltern selbst in die Pflicht und wünscht sich mehr Engagement und Unterstützung von ihnen. Gleichzeitig dankt sie der Schule, die stets offen für Elternanliegen und ihre Anregungen sei.



Die Gesamtelternvertretung lädt ein zur Veranstaltung:

### **Das Bühnengepräch – Gemeinsam – Miteinander.**

Der Berliner Beirat für Familienfragen stellt sich vor und beantwortet Ihre Fragen zur Unterstützung und Beratung Ihrer Kinder!

Teilnehmer:

**Kazım Erdoğan**

Vorsitzender des Berliner Beirats für Familienfragen

**Gabriele Schmitz**

Leiterin der Geschäftsstelle des Berliner Beirats für Familienfragen

**Micael Dahms**

Schulleiter Carl-von-Ossietzky-Schule (Gemeinschaftsschule)

**Ort/Zeit: CVO (Mensa) - 29.09.2022 / 18.30 - ca. 20.30 Uhr**

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Es besteht die Möglichkeit, auch auf Türkisch und Arabisch zu übersetzen.

Veli temsilcileri sizi etkinliğe davet ediyor:

### **Sahne konusmaları - Anca beraber, kanca beraber.**

Berlin Aile Sorunları Danışma Kurulu kendini tanıtıyor ve çocuklarınız için destek ve tavsiyelerle ilgili sorularınızı yanıtıyor!

Katılımcılar:

**Kazım Erdoğan**

Aile meseleleri için Berlin danışma kurulu başkanı

**Gabriele Schmitz**

Aile meseleleri için Berlin danışma kurulu ofisi başkanı

**Micael Dahms**

Okul Müdürü Carl-von-Ossietzky-Okulu

**Yer/Zaman: CVO (Mensa) - 29.09.2022 / Saat 18.30 - 20.30**

Katılımınızı sevinç ile bekliyoruz!  
Türkçe simultane tercüme olacaktır.

# FAMILIENFORUM MIT QUEEREN FAMILIEN AM 18.10.2022 IN LICHTENBERG

**Ort: Treffpunkt LesLeFam, Dolgenseestr. 21, 10319 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Regenbogenfamilienzentrum Lichtenberg und LesLeFam e.V.**

An der Gesprächsrunde nahmen zehn Elternteile aus queeren Familien teil, um sich über die Herausforderungen in ihrem Familienalltag in Berlin auszutauschen und diese an den Familienbeirat weiterzugeben.

## ERGEBNISSE

In dem Austausch ging es vor allem um die Ungleichbehandlung von queeren Familien und um die damit verbundene Diskriminierung, aber auch um die vorhandenen Angebote in der Stadt, die den Familien Halt und Unterstützung geben.

## DISKRIMINIERUNG IM ALLTAG UND RECHTLICHE SITUATION

Die queeren Familien berichten, dass sie überwiegend auf ein nicht bis wenig sensibilisiertes Umfeld treffen: bei Fachkräften im pädagogischen und medizinischen Bereich genauso wie bei Ämtern, Behörden und Gerichten. Unverständnis für queere Familien existiert aber auch in der Freizeit, zum Beispiel im Sport.

Queeren Familien fehlt ein Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. So kommt es zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr immer wieder zu diskriminierenden Situationen, wenn ein Kind körperliche Nähe zu seinen zwei Vätern sucht oder wenn Kinder ihre Eltern öffentlich als Mama und Mami ansprechen. Die Palette reicht von skeptischen Blicken über abwertende Kommentare und Beleidigungen bis hin zu Übergriffen.

Gesellschaftlich herrscht ein „Coming-out 24/7“. Das bedeutet, dass „wir uns permanent und jederzeit und überall erklären müssen!“

***„Wir zeigen uns nicht als Paar  
im öffentlichen Raum, besonders nicht,  
wenn das Kind dabei ist.“***

Das kritische Hinterfragen der Heteronormativität müsste stärker auf die politischen und persönlichen Agenden gesetzt werden. Die queere Familienform wird durch Fragen wie „Wer ist denn nun die richtige Mutter?“ oder „Wie seid ihr zu dem Kind gekommen?“ angezweifelt. Diese permanente Belastung bedeutet, dass „wir nicht ernst genommen werden, es an Anerkennung fehlt.“ Co-Elternschaften stellen eine besonders schwierige Situation dar, weil hier mit allen gesellschaftlichen Normierungen in Bezug auf Familien gebrochen wird, schließlich „sind wir rechtlich nur auf zwei Elternteile begrenzt“.

***„Ich habe immer Angst. Was ist, wenn ich die  
Adoptionsurkunde mal nicht dabeihabe?“***

Das Abstammungsrecht ist dabei die diskriminierende rechtliche Grundlage und sollte reformiert werden.

Auch die Kinder queerer Familien kommen regelmäßig in die Situation, sich und ihre Elternschaft erklären zu müssen. Sie werden damit automatisch stigmatisiert, was auch bei den Kindern zu psychischen Belastungs-

situationen führt. Oft wissen selbst die Fachkräfte in Kitas und Schulen nicht, wie sie mit queeren Familiensituationen umgehen sollen.

Die gültige Rechtslage sieht nur die sogenannte „Stiefkindadoption“ als Möglichkeit der Anerkennung von „nicht-leiblicher Elternschaft“ vor. Das Verfahren ist langwierig, aufwendig und die queeren Familien empfinden es als herabwürdigend. Die Familien berichten, dass es keine klaren rechtlichen Standards gebe, an die sich Jugendämter, Standesbeamte oder Gerichte halten müssten. Stattdessen seien übergreifende Fragen nach der Beziehung zwischen den Eltern oder nach einer möglichen HIV-Erkrankung die Regel.



**„Wir haben alle Wunsch Kinder, was will der Staat dabei prüfen?“ „Wir sind die einzigen Eltern, die ihre Kinder adoptieren müssen – irre.“**

Die queeren Familien berichten, dass sie die diskriminierende rechtliche Situation insgesamt sehr belastet und „erschöpft“.

Besonders schwierig gestaltet sich die Lage für inter- und transgeschlechtliche Menschen. Zwar waren keine Personen aus diesen Communities bei diesem Forum dabei, aber die Teilnehmenden waren sich einig, dass inter- und transgeschlechtliche Eltern und ihre Kinder noch viel mehr unter den gegebenen Bedingungen leiden als lesbische oder schwule Paare. Wenn diese auch noch Zugezogene ohne festes Bleiberecht sind, dann sei es nach Aussage der Teilnehmenden unmöglich eine selbstbestimmte Familie zu gründen.

**„Wir haben nicht dieselben Grundrechte wie andere ... werden diskriminiert im Namensrecht, Erbrecht usw.“**

Die Anerkennung queerer Familien muss in allen sozialen Strukturen gewährleistet werden: bei Elterngeld, Kindergeld, Kita, Schule, Freizeit. Die Gesellschaft ist da oft weiter als die Verwaltung und die Gesetze. In der Regel gibt es eine große Offenheit, aber auch eine

große Unsicherheit im Umgang mit dem Thema queere Elternschaft. Elterngeld sollte auch für queere Familien im ersten Jahr der Pflegschaft von Kindern gewährt werden.

## NETZWERKE UND ANGEBOTE

Viele freie Träger haben sich schon auf den Weg gemacht, queere Familien mitzudenken. In den letzten 20 Jahren hat positiv für queere Familien in der Stadt eine Menge Positives bewegt. Es gibt drei Regenbogenfamilienzentren. Darüber hinaus existieren weitere Anlaufstellen in Bezirken. Besonders positiv sticht die institutionelle Förderung des Bezirks Lichtenberg als zertifizierter familienfreundlicher Bezirk hervor, der LesLeFam in die Struktur der Familienzentren aufgenommen hat.

Der gesamte queere Bereich leidet, wie viele andere soziale Institutionen in Berlin auch, unter den Bedingungen der Projektförderung. Das zieht prekäre instabile Arbeitsplätze nach sich, die dem Aufbau einer beziehungsorientierten, qualitativ hochwertigen und langfristigen Begleitung im Weg stehen.

In der Stadt leben zahlreiche queere Menschen und Familien und viele ziehen auch genau deshalb hierher. Berlin wird als „offene Stadt“ gesehen. Das vermittelt ein Gefühl der Sicherheit zumindest in einigen Kiezen und Schutz-

räumen, was in den Randbezirken und anderen Regionen und Städten Deutschlands leider nicht immer gegeben ist.

In Berlin existiert eine queere Vernetzungskultur von vielen Institutionen, die am Themenfeld queere Familien arbeiten. Allerdings erreichen die Angebote nicht alle. Besonders Alleinerziehende haben mit der Bewältigung des Alltags so viel zu tun, dass ihnen oft die Zeit und Kraft fehlt, die vorhandene Angebote wahrzunehmen. Die Mehrfachbelastungen der Angebotsnutzenden stellen eine besondere Herausforderung für die Weiterentwicklung offener barrierefreier Zugänge durch die Anbietenden dar. Drei queere Familienzentren in der Stadt sind zu wenig, um schnell erreichbar zu sein, und lange Wege bedeuten auch, dass viele queere Menschen die Angebote nicht kennen oder nicht wahrnehmen können.

Durch „QUEERFORMAT – Fachstelle Queere Bildung“ existiert auch ein Angebot zur Sensibilisierung pädagogischer Fachkräfte am Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg. In den Prozessanweisungen und vielen Qualitätshandbüchern für Kitas und Schulen sowie im Jugendbereich ist das Thema geschlechtliche Diversität verankert. Es fehlt allerdings an der Breite in der Praxis. Ob das Themenfeld auch Eingang in den pädagogischen Alltag findet, hängt vielfach vom Engagement einzelner Fachkräfte ab.

# FAMILIENFORUM MIT VÄTERN IN ELTERNZEIT AM 10.11.2022 IM PRENZLAUER BERG

Ort: Väterzentrum, Marienburger Str. 28, 10405 Berlin

Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Väterzentrum e.V. Berlin

An der Gesprächsrunde nahmen sechs Väter teil, die entweder gerade in Elternzeit waren, diese vor kurzem beantragt oder beendet hatten. Alle Väter hatten eine akademische Ausbildung und überwiegend Arbeitgeber, die einer Elternzeit für Väter offen gegenüber standen; einer der Väter war selbstständig. Zwei Väter sind im Ausland aufgewachsen oder haben die Geburt eines Kindes im Ausland erlebt, so dass sie Vergleiche mit der Situation von frischgebackenen Eltern in anderen Ländern ziehen konnten.

## ERGEBNISSE

Es wurden viele Themen angesprochen, die für alle Familien in Berlin relevant sind. Schwerpunkte in der Diskussion waren die komplizierte Beantragung des Elterngeldes, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Organisation der Kinderbetreuung, die Beratungsangebote sowie die Vaterrolle in der Gesellschaft.

## ELTERNZEIT UND ELTERNGELD

Alle Väter zeigten sich dankbar, dass es in Deutschland Elterngeld und Elternzeit gibt. Dies wird als eine große soziale Leistung angesehen. Die Anwesenden sind sich einig, dass der Elterngeldantrag viel zu kompliziert sei.

*„Man muss sich das Elterngeld (mit dem Ausfüllen des aufwändigen Antrags) schwer verdienen.“*

*„Ich bin Jurist und arbeite im öffentlichen Dienst, aber ich hatte größte Schwierigkeiten, die Formulare auszufüllen! Ich bin mir nicht sicher, ob wir das beste Modell für unsere Familie ausgewählt haben.“*

Oftmals bedarf es einer speziellen Beratung, um das Elterngeld zu beantragen. Allerdings sei das Verfahren so kompliziert und aufwändig, dass häufig selbst Beratende „da nicht durchsteigen“. Während der Laufzeit der Auszahlung müssen Zeitnachweise erstellt und die verschiedenen Leistungen bei unterschiedlichen Kassen und Stellen beantragt werden, was manche Familien „in die Verzweilung treibt.“ Die Väter berichten, dass mit der Geburt des Kindes ein hoher bürokratischer Aufwand auf die Eltern zukomme. Manche staatlichen Leistungen seien für bestimmte Zielgruppen schwer zugänglich. Daher erhielten wahrscheinlich nicht alle Familien die Unterstützungen, die ihnen zustehen, da ihnen der Aufwand zu groß erscheine oder sie gar nicht von diesen Angeboten wüssten. Hinzu komme, dass für diese Leistungen unterschiedliche Ämter zuständig sind. Die Väter wünschen sich „alle Leistungen aus einem Guss“, also nur eine Anlaufstelle und vereinfachte Formulare.

Den zeitlichen Rahmen der Elternzeit mit Elterngeld empfinden die Väter als zu unflexibel. Es gab die Anregung, eine Wahlmöglichkeit nach finnischem Vorbild einzuführen: Dort dürfen die Eltern drei Jahre Elternzeit nutzen, wobei jedem Elternteil ein Drittel zusteht und das weitere Drittel unter beiden frei aufgeteilt werden kann. Die deutsche Regelung macht es Eltern in



Die Väter weisen ferner darauf hin, dass es „Fehlinformationen“ zum Elterngeld und zur Elternzeit gebe. Viele Familien gingen davon aus, dass die Elternzeit für Väter nur zwei Monate betrage.

## VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Die Anwesenden berichten, dass ihrer Erfahrung nach zwei Monate Elternzeit bei Vätern bei den Arbeitgebenden mittlerweile „voll akzeptiert“ sind. Sie merkten aber auch an, dass Vätern, die mehr Elternzeit in Anspruch nehmen, im Anschluss weniger – bzw. in spezifischen Branchen kaum – Führungspositionen zugetraut würden.

Den Vätern helfen die flexiblen Angebote ihrer Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen. Die Möglichkeit, einige Tage in der Woche im Homeoffice zu arbeiten, wird als unterstützend empfunden.

Der Aufwand, den Eltern in Berlin betreiben müssen, um einen Kitaplatz zu bekommen, sei allerdings enorm. Alle Väter haben sich jeweils bei rund 20 Kitas beworben, einer

Präsenzberufen schwer, auch nur in Teilzeit in Elternzeit zu gehen. Bei Freiberuflerinnen/Freiberuflern und Selbständigen ist Elternzeit faktisch ausgeschlossen. Zudem berichten die Väter, dass die „aktuelle Logik der Elternzeit nicht mit den Kitaplätzen aufgeht“. Die Phase der Kitaeingewöhnung sollte während der Elternzeit stattfinden können.

Zudem nehme die Beantragung des Elterngelds zu viel Vorlauf in Anspruch und es dauere zu lang, bis das Geld tatsächlich auf dem Konto der Eltern landet. Ein Vorschlag lautet, den Mindestbetrag zeitnah nach der Geburt auszuzahlen, während das Antragsverfahren läuft, damit Miete und andere Ausgaben zumindest teilweise weiter abgedeckt werden und die Eltern nicht in Zahlungsschwierigkeiten kommen.

habe allerdings „40 Kitas abgeklappert“. Sie empfinden dieses Verfahren als „volkswirtschaftlich unsinnig. Alle sind in Aufruhr. Das ist zeitaufwändig und macht so vielen Leuten Stress. Irgendwann ruckelt es sich allerdings zurecht.“ Letztendlich bekamen alle Familien die Kitaplätze nur über persönliche Beziehungen zu anderen Eltern.

Der Berliner Kitanavigator wird als gute Idee angesehen. Er sollte aber regelmäßig aktualisiert werden, so dass freie Plätze auch sichtbar sind. Die Kitas müssten verpflichtet werden, ihre freien Plätze in den Kitanavigator einzutragen.

Die Väter wünschen sich Wahlfreiheit bei den Kitas. Dies sei vor allem wichtig, wenn die Kinder später auf



eine spezielle Schule gehen sollen, an der es oft Voraussetzung ist, dass zuvor eine entsprechend spezialisierte Kita besucht wurde.

Eine der größten Schwierigkeiten der Väter ist die Organisation des Arbeitsalltages. Hier geben die Kitaöffnungszeiten und Kinderbetreuungsangebote den Zeitplan und den Tagesablauf der Familien vor. Wer sich privat keine individuelle Betreuung leisten oder nicht auf Großeltern für einen spontanen oder flexiblen Einsatz zurückgreifen kann, „falls es auf Arbeit brennt“, ist vor eine nur schwer lösbare Aufgabe gestellt. Besonders gilt dies, wenn beide Eltern in Vollzeit berufstätig sind. Die Situation wird noch schwieriger, wenn ein zweites Kind im Vorschulalter da ist.

Das existierende Angebot ergänzender Kinderbetreuung sei zu bürokratisch, denn es verlange von den berufstätigen Eltern eine lange Vorlaufzeit. Der Wunsch der Väter ist es, die ergänzende Kinderbetreuung so praxisnah und flexibel zu organisieren, dass sie unkompliziert an den Arbeitsalltag angepasst werden kann.

## INFORMATIONS- UND BERATUNGSANGEBOTE

Die anwesenden Väter berichten von ihrem Informationsbedarf. Sie holen sich Informationen beim Väterzentrum oder in den Familienzentren und in deren angegliederten Beratungsstellen. Sie weisen jedoch darauf hin, dass vielen Eltern nach der Geburt nicht automatisch die Angebote in ihrem Wohnumfeld bekannt sind. Alle relevanten Informationen zu Familienangeboten sowie über ihre Rechte und weiteren Möglichkeiten sollten die Familien gleich mit der Geburt des Kindes erhalten.

**„Das Väterzentrum ist ein sicherer Anker für die Begleitung in Krisen und Umbruchphasen beim Kind. Hier werden über die Beratungen und den Austausch Sicherheit und Vergewisserung vermittelt, da Vater sein wie ein neuer Job ist, nur leider ohne Einarbeitung.“**

## VATERROLLE IN DER GESELLSCHAFT

**„Ich komme mir wie ein Superheld vor, als einziger Mann mit Buggy unterwegs zu sein. Mein Umfeld reagiert total positiv.“**

Die Vaterrolle sei in den meisten Köpfen immer noch sehr altmodisch angelegt. Väter werden meist auf die „Abenteurerrolle“ im Leben des Kindes beschränkt. Den Teilnehmenden geht es aber darum, ein ausbalanciertes Verhältnis von „Abenteurer“ und emotionaler Bindung aufzubauen, damit „sich die Kinder auch mit emotionalen Themen an ihre Väter wenden“. Das erfordert mehr Zeit mit den Kindern.

**„Wickeltische auf Männertoiletten gibt es nicht!“**

Viele Unsicherheiten prägen die Erziehungs- bzw. Begleitungsfragen. Die anwesenden Väter erklären, dass sie sich meist erst selbst neu (er-)finden mussten. Es fehlen Vorbilder, „da die eigene Vätergeneration eher weniger in Betracht kommt“.

**„Wenn das Kind in der Öffentlichkeit schreit, dann habe ich das Gefühl, dass die Mütter denken, ich sei als Vater überfordert.“**

# FAMILIENFORUM MIT FAMILIEN MIT CHRONISCH KRANKEN, BEHINDERTEN UND/ODER PFLEGEBEDÜRFTIGEN KINDERN AM 29.11.2022 IN ZEHLENDORF

**Ort: Villa Donnersmarck, Schädestr. 9-13, 14165 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Kinder Pflege Netzwerk für Familien mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen e.V.**

23 Personen nahmen teil, davon etwa zur Hälfte Mütter von pflegebedürftigen Kindern sowie Fachkräfte aus relevanten Einrichtungen und Krankenkassen aus verschiedenen Bezirken. Sie tauschten sich darüber aus, was in Berlin bereits gut funktioniert und was nicht, um betroffenen Kindern echte Teilhabechancen zu bieten.

Auf dem Forum konnten aufgrund der Vielzahl der Problemlagen nicht alle Themen ausreichend besprochen werden. Daher soll ein weiteres Familienforum mit Eltern kranker, behinderter und/oder pflegebedürftiger Kinder und Jugendlicher durchgeführt werden.

## ERGEBNISSE

Familien mit chronisch kranken und behinderten Kindern sehen sich im Alltag einer Vielzahl an Belastungen ausgesetzt. Das betrifft insbesondere den hohen bürokratischen Aufwand bei der Antragstellung von Leistungen sowie die Herausforderungen bei der Betreuung der Kinder und Jugendlichen mit besonderem Versorgungs- oder Betreuungsbedarf in Kitas und Schulen sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die teilnehmenden Eltern vermissten zudem die öffentliche Wahrnehmung der besonderen Situation und Bedürfnisse von chronisch kranken oder behinderten Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien.

Im Zentrum der Diskussion und Kritik stehen die staatlichen Unterstützungsleistungen und Maßnahmen, deren bürokratische Verfasstheit die Inklusion – also den Herstellungsanspruch auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen – von Kindern und Jugendlichen erschwert. Durch oft komplexe und ausschließende Verfahrenspraxen sowie die teils als willkürlich wahrgenommene Hilfgewährung wird Kindern, Jugendlichen und Familien zu wenig Teilhabe an der Gesellschaft zuteil bzw. wird der Zugang zu selbiger als deutlich erschwert wahrgenommen.

## DIE IDEE DER INKLUSION GEHT VERLOREN

**„Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen u. a. wissen nicht, was es heißt, Betroffene oder Angehörige chronisch Kranker zu sein.“**

**„Behinderte Menschen sind oft ein Tabuthema, sie werden versteckt, die Gesellschaft will das nicht sehen.“**

Teilnehmende weisen darauf hin, dass in unserer Gesellschaft die Vision fehlt, wie eine gute und volle Teilhabe chronisch kranker, behinderter und/oder pflegebedürftiger Kinder und Jugendlicher sowie deren Familienangehöriger

am gesellschaftlichen Leben gelingen könnte. Die Idee der Inklusion sei bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen verloren gegangen. Nach wie vor mangelt es an gesellschaftlicher Akzeptanz und Sensibilität für die Belange der Kinder und Jugendlichen mit starken Beeinträchtigungen. Das vorherrschende Verständnis geht davon aus, dass diese Menschen hauptsächlich gut „versorgt“ seien. Der statuierte Paradigmenwechsel weg vom Fürsorge-system und hin zur gleichberechtigten sowie chancengleichen Teilhabe am Leben ist bisher wenig in den Köpfen oder bei den handelnden Institutionen und Behörden angekommen. Es ist noch viel Aufklärung über das Leben und die Bedürfnisse von chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Familienangehörigen notwendig.

**„Behinderung wird als privates Problem gesehen. Eltern müssen das regeln, das System hilft nicht, der Staat hält sich raus. Die Kinder werden nicht beschult und als Erwachsene nie selbstständig sein können.“**

**„Wenn Eltern ausfallen, kann niemand helfen.“ „Kitas, Schulen – alle müssen methodisch in der Lage sein, mit vielen unterschiedlichen diversen Kindern und Jugendlichen arbeiten zu können, und sie müssen entsprechend baulich ausgestattet sein.“**

## DISKRIMINIERUNG UND STRUKTURELLE GEWALT

**„Politische Regelungen sind völlig überakademisiert und nicht am Bedarf ausgerichtet. Sie helfen daher nicht. Die Differenzen werden immer größer.“**

Der Sozialstaat in Deutschland stellt im Bedarfsfall eine Reihe von Unterstützungsleistungen zur Verfügung; dies wird von den Familien als große sozialstaatliche Errungenschaft angesehen. Der die pflegenden Familien

umgebende Rechtsstaat hat sich allerdings aus Sicht der Teilnehmenden zu einem Hürdensystem entwickelt, und das, obwohl insbesondere seit Einführung des Bundes-teilhabegesetzes (BTHG) ein Hilfesystem die Herstellung gleichberechtigter Teilhabe mittels eines gemeinsamen Verfahrens aller Leistungsträger und anderer öffentlicher Stellen gewünscht ist – „mit allen Bedarfen durch eine Tür, an einen Tisch und dort koordiniert“. Die bereits durch die Pflegeintensität völlig erschöpften Familien stehen angesichts der Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und zuständigen Institutionen, medizinischen Gutachten und einer langwierigen Bearbeitung der Anträge vor einem bürokratischen Behördenantrags- und Fachdienstschungel.

**„Die Vorschriften helfen nicht weiter, weil sie zu sehr verallgemeinern. Die Unterstützungslinien von oben sind zu oft vom Willen der Kontrolle geprägt statt zur Hilfe.“**

Trotz offensichtlich chronischer Beeinträchtigungen müssen in kurzen Abständen immer wieder die gleichen Anträge neu gestellt werden, um z. B. entsprechende Teilhabe- oder Eingliederungshilfeleistungen zu erhalten. Anträge bei der Pflegekasse unter Erbringung erneuter ärztlicher Gutachten, um Hilfsmittel für den Alltag zu pflegender Kinder und Jugendliche zu erhalten kompletieren die Basisversorgung, jedoch nicht die Teilhabe. Sind die pflegenden Eltern wegen der Besonderheit des Kindes und dem daraus folgenden Sozialmanagement außer Stande, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, kommen die entsprechenden Anträge für Arbeitslosen- oder (ab 2023) Bürgergeld sowie Wohngeld, Kinderzuschlag usw. dazu. Auch diese Anträge müssen wiederholt eingereicht werden. Ist damit das Einkommen der Familie einmal abgesichert, bedarf es weiterer Anträge beim Jugendamt sowie bei der Kita oder Schulverwaltung, damit dem Kind jene zusätzliche Hilfe gewährt wird, die es für eine möglichst gleichberechtigte und aktive Teilhabe in diesen Lebensbereichen benötigt. Dabei treffen die Familien, deren Kinder eine spezielle und/oder seltene Krankheit haben, oft auf nicht ausreichend ausgebildete

oder sensibilisierte Fachkräfte, deren fachliches Urteil von der Eigenmotivation und dem individuellen Kenntnisstand bezüglich des Themenkomplexes Inklusion und Pflege abhängt. Damit entsteht für die Familien eine Spirale der Antragsflut, die Eltern zu Bittstellenden in einer oft als willkürlich wahrgenommenen Bürokratie macht und ihnen die Energie raubt, um 100% für das pflegebedürftige Kind da zu sein oder auch einmal selbst Luft holen zu können.

Die immer wiederkehrende Begutachtung und die Defizitorientierung empfinden die Betroffenen als entwürdigend.

**„Es kommt immer wieder zu einer Begutachtung des Kindes. Es fühlt sich an, als ob man sich immer wieder ausziehen muss. Aber es geht doch um unsere Kinder.“**

Erschöpfte Eltern haben kaum mehr die Kraft, sich politisch dagegen zu wehren, weil sie so viel Zeit für die bürokratische Absicherung ihrer Lebensumstände aufwenden müssen.

**„Unsere Kraft ist endlich!“**

## MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG

Die Teilnehmenden berichten, dass die Bewilligung von Hilfsmitteln ein langwieriger Prozess ist. Die Abgrenzung der Kostenträger führt dazu, dass sich die Stellen oft nicht zuständig fühlen und die Familien an die nächste Stelle verweisen, die sich dann wiederum auch nicht für zuständig erklärt. Das bindende und trägerübergreifende einheitliche Teilhabeverfahren nach dem BTHG, das die Differenzen der verschiedenen Kostenträger bei den Zuständigkeiten untereinander lösen soll, sei in den daran gebundenen Behörden kaum bekannt und findet daher wenig Anwendung. Gleichwohl besitzt es seit dem 01.01.2020 für die Berliner Jugendämter und folglich für alle Kinder und Jugendlichen mit einer Teilhabeeinschränkung Gültigkeit.

Insbesondere die Suche nach erforderlichen Therapien für spezielle und seltene Beeinträchtigungen sowie deren Kostenbewilligung gestalten sich als sehr schwierig für die Betroffenen.

## FREIZEIT UND SOZIALRAUM

Kinder mit starken motorischen oder kognitiven Beeinträchtigungen können kaum an Freizeitangeboten in ihrer Altersklasse teilhaben. Der sie umgebende Sozialraum und die Freizeitangebote sind nicht oder nur selten inklusiv. Es existiert kein barrierefreier öffentlicher Raum. Wenn Kinder eine Assistenz für ihre sozialen Bedürfnisse brauchen, dann wird von den Eltern eine Kostenbeteiligung verlangt.

**„Die Kinder der Mehrheitsgesellschaft bezahlen ja auch nicht für einen Besuch im Park oder des Spielplatzes. Diese Kostenbeteiligung macht Eltern aber arm.“**

Die Anwesenden berichten, dass das entsprechende Rundschreiben der Senatsverwaltung zur Kostenübernahme von den Bezirken nicht angewendet werde.<sup>4</sup> Zudem stelle diese Praxis eine menschenrechtliche Diskriminierung der beeinträchtigten Kinder gegenüber jedem anderen Kind ohne eine Behinderung dar.

## BILDUNG, SCHULE UND ÜBERGÄNGE

Maßnahmen und Assistenz zur Bildungsunterstützung werden im Gegensatz zur sozialen Assistenz für die Familien ohne zusätzlichen Kostenbeitrag finanziert. Die Anwesenden fragen sich jedoch, wo genau die Grenze zwischen Bildung und soziale Assistenz liegt. Bei Verhaltensauffälligkeiten brauche es zuerst eine Stärkung der sozialen Kompetenz als Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch. Soziale Begegnungen am Nachmittag fördern die soziale Kompetenz in der Schule.

Die Eltern berichten, dass die Lehrkräfte hinsichtlich der Inklusion schlecht ausgebildet seien.

**„Der Begriff ‚Inklusion‘ ist  
Schulen nicht bekannt.“**

Das erschwert die Teilhabe chronisch kranker, behinderter und/oder pflegebedürftiger Kinder und Jugendlicher in den Schulen enorm.

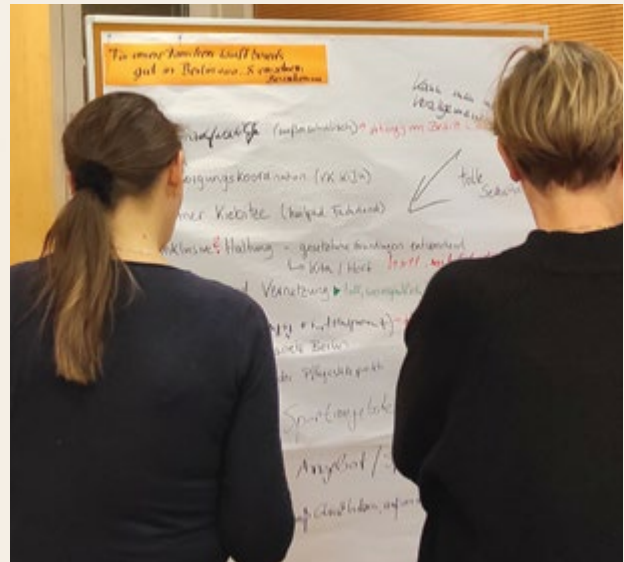
Die Teilnehmenden berichten, dass Kinder – häufig gegen den Wunsch der Eltern – in vermeintlich passenden und nicht in wohnortnahen Schulen beschult werden und dadurch lange Schulwege entstehen. Wohnortnahe Schulen wiederum sind oft nicht auf die Bedarfe und Anforderungen dieser besonderen Kinder und Jugendlichen eingestellt. Dadurch können kaum Kontakte oder Freundschaften in der näheren Umgebung entstehen.

**„Wir sind bisher unsichtbar – niemand kennt Betroffene. Kinder mit Beeinträchtigungen können nicht zur Schule gehen oder werden mit speziellen Fahrdiensten zu Förderschulen befördert. Welches Recht haben Kinder und Jugendliche, die nicht sichtbar sind? Daher fehlt es an Empathie, Verständnis, und das führt zu Hürden.“**

Es gibt keine Wahlfreiheit für Förderschulen. Familien sind gezwungen, eine Schule im Bezirk zu wählen, auch wenn eine andere Schule in einem angrenzenden Bezirk näher wäre.

In der schulstrukturellen Hilfe findet keine Vertretung statt oder die Fachkräfte werden kurzfristig bei einem anderen Kind eingesetzt. Infolgedessen wird die Schulpflicht häufig verkürzt oder ausgesetzt, trotz eigener Berufstätigkeit, und die Familien müssen selbst die Betreuung übernehmen. Die Anwesenden kommen zu dem Schluss, dass es den Eltern (bzw. meist den Müttern) unmöglich sei, einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Die Hausaufgabenbetreuung im schulischen Ganztagsbetrieb finden die Eltern unzureichend, so dass zu Hause sehr viel nachgearbeitet werden muss.



Die Teilnehmenden stellen fest, dass die Übergänge (von Kita zur Schule, von Schule zum Beruf und zur eigenen Wohnung) für ihre Kinder und Jugendlichen ausschließlich und wegschließend statt teilhabeorientiert und mitten in der Gesellschaft organisiert sind. Es gebe kaum Unterstützung und wenig gute Möglichkeiten, eine angemessene Berufsausbildung zu absolvieren.

## WOHNEN

Auf dem freien Wohnungsmarkt ist die Lage für Familien mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen besonders prekär, da hier die notwendigen Anforderungen für die Barrierefreiheit im baulichen Sinne meist nur in Neubauwohnungen zu finden sind. Die Anwesenden kommen zu dem Schluss, dass es zu wenig barrierearme Wohnungen für Familien gibt. Sie sind zudem zu teuer oder werden oft von Familien oder Wohngemeinschaften ohne diese Bedarfe bewohnt.

Betreutes Wohnen und Wohnheime sind die sozialen Antworten. Es wird darauf hingewiesen, dass in den Wohnheimen ein extremer Mangel an Fachkräften existiert. Das führt dazu, dass unausgebildetes Personal, immer öfter aus Leasingfirmen, die Betreuung übernimmt, obwohl es oftmals nicht auf die Situation der beeinträchtigten Bewohnerinnen und Bewohner vorbereitet ist. Das Herstellen einer vertrauten Beziehung ist dadurch kaum möglich.

Bei der Kurzzeitpflege, die zur kurzfristigen Entlastung von pflegenden Familien beitragen könnte, gibt es in der Stadt nach Ansicht der Teilnehmenden sehr wenig Angebote. Diese Leistung kann daher von Eltern in Berlin kaum in Anspruch genommen werden.

## VERWALTUNG UND FACHKRÄFTEMANGEL

Die Familien vermissen bei den meisten Jugendämtern Ansprechpersonen für junge Erwachsene ab 21 Jahren. Unter den Mitarbeitenden beim Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD) gibt es häufig Wechsel.

Beim Fallmanagement (Case Management) sind die Eltern meist auf sich selbst gestellt. Den Fallbearbeitenden fehle für die besonders schwierigen Einzelfälle die nötige Ausbildung, um die Bedarfe richtig einzuschätzen und dann auch bei der Umsetzung entsprechend zu koordinieren.

Die Anwesenden berichten, dass es für Kinder und Jugendliche kaum Pflegekräfte gibt. Dazu kommt, dass die bestehenden professionellen Strukturen und Unterstützenden in ihrer Ausbildung nicht auf Kinder und Jugendliche vorbereitet werden, die körperlich oder geistig beeinträchtigt sind. Es fehle schlicht das Wissen um die Belange und Anforderungen, dieser Kinder.

## WAS LÄUFT BEREITS GUT?

Den Teilnehmenden des Familienforums fiel es schwer, zu benennen, welche Hilfen für sie in der Stadt existieren. Die meisten Angaben zu Unterstützungsmaßnahmen wurden mit einem „aber“ ergänzt. Die Familien berichten, dass in Berlin insgesamt zu wenig gut läuft. Eine verlässliche Unterstützung im Alltag sei nicht garantiert. Immer wieder kamen Aussagen wie die folgende:

**„Man muss Glück haben, auf wen man in Kita, Schule und in Ämtern trifft!“**

Zwar gibt es in Berlin Selbsthilfegruppen, die den Familien sehr helfen, allerdings sind diese ehrenamtlich organisiert. Ist ein Kind krank oder fällt die entsprechende Assistenz

aus, so können die Familien nicht an den Selbsthilfegruppen teilhaben.

**„Es geht nicht ohne Selbsthilfe in Berlin, die institutionelle Beratung ist zu schlecht. Eltern müssen selbst gut informiert sein, um Rechte in Anspruch nehmen zu können.“**

Vorwiegend gut läuft die Einzelfallhilfe am Nachmittag, allerdings abhängig von den einzelnen Bezirken. Es existieren keine stadtweit verlässlich und qualitativ gleichwertigen Verfahren. Der grundsätzlichen Offenheit gegenüber den Problemlagen der pflegenden Eltern und der Vernetzung stehe oftmals eine mangelnde Qualifizierung der Mitarbeitenden für komplexe Situationen gegenüber.

Als hilfreiche Unterstützung wurden die Kinderbeauftragten der Pflegestützpunkte, die Versorgungskoordination für Familien mit versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen (VK KiJu), das Informationsportal Kinder-versorgungsnetz Berlin und die Berliner Kiebitze (Heilpädagogischer Fachdienst für Kinder bis zum Schuleintritt) genannt. Die inklusive Haltung der Verantwortlichen in Kita und Hort entspricht den gesetzlichen Grundlagen und sie ist spürbar. In der Stadt gibt es ein gutes medizinisches Angebot an Spezialistinnen und Spezialisten.

Die schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) dienen der Unterstützung und Beratung von Schulkindern, ihren Eltern und dem gesamten Schulpersonal in allen Fragen rund um die Umsetzung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags unter besonderer Berücksichtigung der inklusiven Schulentwicklung in Berlin. Die Qualität der Angebote ist sehr abhängig vom jeweiligen Bezirk und dem eingesetzten Personal in den zugehörigen Beratungsstellen.

Es gibt inzwischen viele inklusive Sportangebote, die allerdings nur sehr individuell oder auch nur mit zusätzlicher Assistenz einschließlich häufiger Kostenbeteiligung nutzbar sind.

# FAMILIENFORUM MIT INTERNATIONALEN FACHKRÄFTEN DER ZALANDO-ELTERNGRUPPE AM 20.04.2023 IN FRIEDRICHSHAIN

**Ort: BHS Zalando in der Koppenstraße 8 in 10243 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit der Zalando Parents Group**

An der Gesprächsrunde nahmen 13 Elternteile mit neun unterschiedlichen Nationalitäten und Muttersprachen aus fünf Kontinenten teil, um sich über die Herausforderungen beim Ankommen und Leben mit ihren Familien in einer neuen Stadt mit einer fremden Sprache auszutauschen und diese Erfahrungen an den Familienbeirat weiterzugeben. Die Veranstaltung wurde auf Englisch durchgeführt.

Zalando Berlin beschäftigt Mitarbeitende aus rund 140 Ländern und verständigt sich auf Englisch. Die Zalando Parents Group (ZPG) ist eine von elf Employee Resource Groups bei Zalando. Dabei handelt es sich dabei um freiwillige Gruppen, die von den Mitarbeitenden auf der Basis einer gemeinsamen Identität oder Erfahrung organisiert und gebildet werden. Da die ZPG speziell auf die Bedürfnisse der Elterngemeinschaft bei Zalando aufmerksam macht, war sie gern Gastgeberin des Familienforums.

Die grundsätzlichen Fragerichtungen waren: Was hilft uns im Familienalltag? Was erschöpft uns im Alltag? Was wäre beim Ankommen und Einleben meiner Familie in Berlin hilfreich gewesen? Welche Wünsche und Empfehlungen haben wir?

## ERGEBNISSE

In dem Austausch ging es vor allem um die Schwierigkeiten die Eltern als ausländische Fachkräfte erleben: eine fehlende Willkommenskultur, eine mangelnde Bereitschaft der Ämter und Institutionen, sich auf nicht

Deutsch sprechende Menschen und andere Kulturen einzustellen, oder die komplizierten Verfahren und Antragsstellungen, die im deutschen Alltag allgegenwärtig sind. Es gab aber auch positive Berichte über das neue Leben in Berlin, insbesondere was den Wohlstand und die Freizeitangebote betrifft.

## SPRACHE UND INTEGRATION

Die Familien berichteten, dass es sie erschöpft, jeden Tag neue Informationen zu entdecken, die ihnen bei ihrer Ankunft zur Verfügung hätten stehen sollen.

***„Es ist purer Luxus, hier zu leben, es ist wirklich die Erste Welt, aber wie kann ich verstehen, wie sie funktioniert?“***

Die Menschen in Berlin müssten offener werden für ausländische Fachkräfte, die kein Deutsch sprechen und andere kulturelle Erziehungsmethoden mitbringen. Etliche ausländische Beschäftigte seien speziell angeworben worden herzukommen und wollen nur ein paar Jahre aus beruflichen Gründen in Deutschland bleiben. Ihnen werde aber gleichzeitig das Ankommen in einem fremden Land mit einer fremden Sprache erschwert.

***„Wir sind nur gekommen, weil ihr uns gerufen habt. Warum behandelt ihr uns dann so schlecht?“***

**„Unsere mangelnden Deutschkenntnisse werden genutzt als Mittel zur Unterdrückung und Ausgrenzung.“**

Um Deutsch zu lernen, brauchen die Eltern Deutschunterricht, zu dem sie ihr Kind mitnehmen können. Solche Angebote fehlen. Mit Bezug auf die Integration ihrer Kinder nennen sie gute und schlechte Erfahrungen.

**„Die deutsche Pädagogik unterstützt unsere Kinder dabei, eine neue Sprache zu lernen und ihre Entwicklung zu beobachten. Sie lernen sehr viel mehr als zu Hause sich selbst zu versorgen und unabhängig zu sein.“**

Die Teilnehmenden kommen zu dem Schluss, dass es „Onboarding-Sozialarbeiter“ in der Stadt geben sollte. Bei diesem Konzept werden Neuzugewanderte durch ehemals Zugewanderte zielgerichtet in ihre neue Umgebung eingeführt und begleitet. Vor allem Alleinerziehende brauchen Unterstützung. Das ginge auch mit „Ersatzgroßeltern“, daraus könnte ein System gemacht werden.

Bei der Bewältigung des Familienalltags hilft den Eltern, dass es generell einen guten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, wie Transport, Gesundheitsversorgung, Bildung usw., und auch kostenlose Medikamente für Kinder gebe. Auch Sportvereine, Familienzentren und Beratungsstellen helfen ihnen demnach bei der Integration.

Die Eltern berichten außerdem, dass die Wohninfrastruktur in Deutschland „fantastisch ist, z. B. der Zugang zu vielen Spielplätzen und Parks für alle“. Sie erleben hier insgesamt eine höhere Lebensqualität im Vergleich zu ihren Heimatländern; dazu zählen z. B. warmes Wasser aus dem Wasserhahn und gepolsterte Sitze in öffentlichen Verkehrsmitteln.

## BÜROKRATIE UND SCHWIERIGKEITEN MIT DER INFRASTRUKTUR

**„Es gibt Wartelisten für Dokumente, Kita und alles andere.“**

Die deutsche Bürokratie wird als besonders belastend für den Familienalltag empfunden. Sie koste die Familien sehr viel Zeit und sei anstrengend. Nach Ansicht der teilnehmenden Eltern müsste die Bürokratie vereinfacht werden; das betrifft beispielsweise den Zugang zu Visa, die Anerkennung von Abschlüssen oder generell das Antragswesen.

**„Ein Anmeldedatum zu bekommen ist wie eine Eintrittskarte für eine berühmte Band zu ergattern.“**

**„Es ist wie Lotto spielen für: Wohnung, Schule/Kita, Bürgeramtstermine, Arzttermine, Beruf/Karriere.“**

Die Bürokratie müsse dringend vereinfacht werden, um internationale Fachkräfte und deren Ehepartnerinnen und -partner in der Stadt zu halten.

**„Es ist alles für uns genauso schlimm wie für deutsche Familien, aber es kommt die sprachliche Barriere noch oben drauf.“**

Einfache Erklärungen für bürokratische Abläufe und mobile Zugänge für neu in die Stadt kommende ausländische Familien seien vonnöten, z. B. ein Kita-Finder, ein Arzt-Finder für englischsprachige Ärztinnen und Ärzte und Erläuterungen zum Schulsystem. Gewünscht werden auch ein Expat-Leitfaden zum Familienleben in Berlin, Checklisten auf Englisch sowie englischsprachiges Personal zumindest bei den Bürgerämtern. Die teil-



nehmenden Eltern haben viele Fragen, auf die sie keine Antworten finden, beispielsweise: „Wie finde ich einen Arzt? Man hat mir gesagt, ich kann nicht einfach hingehen. Aber wie funktioniert das dann?“

Durch eine mangelnde Toleranz von Behörden, Institutionen und rechtlichen Regelungen gegenüber ausländischen Fachkräften sähen diese sich mit dem Verlust von Karrierechancen konfrontiert, z. B. weil Zertifizierungen nicht anerkannt werden, oft nicht einmal in gefragten Berufen.

Insbesondere die Wohnungs- und Kitasuche wird als unglaublich schwierig beschrieben. Selbst Schulplätze seien schwer zu finden.

**„Mein Sohn tut sich schwer, sich in Berlin einzuleben: keine Schule, keine Freizeitaktivitäten, keine Zeitpläne. Ich bin schon seit zwei Monaten hier und mein zwölfjähriger Sohn hat immer noch keinen Platz in der Schule. Wenn ich keine Schule für mein Kind finde, gehe ich wieder.“**

Besonders problematisch ist die Suche nach einem Kitaplatz, gerade in einer englischsprachigen Kita. Wenn dann doch ein Kitaplatz in einer guten oder sogar in einer englischsprachigen Kita gefunden wurde, dann wird dies von den Teilnehmenden als „ein großartiges System“ bezeichnet. Eine Mutter berichtet, es habe über zwei Jahre gedauert, bis ihre Tochter eine Kita mit besonderem Bedarf erhielt.

Die Kita- und Schulplatzsituation erschwere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



**„Ich muss meinen Tag nach den Plänen meines Kindes planen (Kita, Unterricht, Spielplatz).“**

Es bedarf einer Erleichterung des Übergangs von der Kita zur Grundschule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule, vor allem für Menschen, die sich mit dem System nicht so gut auskennen.

Die Eltern berichten auch von den Schwierigkeiten, eine Hebamme zu finden.

# FAMILIENFORUM MIT ELTERN DES KIEZES HIGH-DECK-SIEDLUNG AM 25.04.2023 UND 03.07.2023 IN NEUKÖLLN

**Ort: Inklusives Eltern-Kind-Zentrum, Hänselstr. 6 in 12057 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirats für Familienfragen in Kooperation mit der Schule in der Köllnischen Heide, dem Quartiersmanagement High-Deck-Siedlung/Sonnenallee Süd und der Ambulanten sozialpädagogischen Erziehungshilfe e.V. (ASPE)**

An den beiden Foren nahmen jeweils rund 20 Personen teil. In dem Austausch ging es vor allem um Schwierigkeiten, die die Eltern in ihrem Kiez erleben. Zudem wurde diskutiert, wie man einer möglichen Wiederholung der Silvesterkrawalle vom Vorjahr entgegenwirken könnte.

## ERGEBNISSE

Als größte Herausforderungen nannten die Eltern: beengte Wohnverhältnisse, fehlende Sauberkeit und Sicherheit im Kiez, der Umgang der Kinder mit den Medien, eine zeitliche und psychische Überbeanspruchung durch die Mehrfachbelastungen sowie die Erziehungsverantwortung der Eltern.

Was hilft: Die Angebote im Kiez für Familien, Mütter, Väter und Kinder wie der Nachbarschaftstreff „mittendrin“, das Inklusive Eltern-Kind-Zentrum, der Zauberwagen sowie das monatliche „Deck-Blatt: Neues aus dem Quartier High-Deck-Siedlung/Sonnenallee Süd“ des Quartiersmanagements.

Die Anwesenden vermissten die von der Politik Anfang des Jahres versprochenen präventiven Maßnahmen vom Jugendgewaltgipfel, die helfen sollen, dass sich z.B. die Vorfälle der Silvester- und Halloweenkrawalle im Kiez nicht wiederholen.

## WOHNSITUATION

Die Familien berichten von beengten Wohnverhältnissen, den sich daraus ergebenden Problemen und ihrer erfolglosen Wohnungssuche. Die Familienmitglieder hätten keinen eigenen Raum für ihre Privatsphäre. Oft gebe es keinen Platz für einen Schreibtisch, an dem die Kinder ordentlich ihre Hausaufgaben erledigen könnten. Auch müssten sich die Eltern am Abend, wenn die Kinder schlafen, in ihrer Wohnung ruhig verhalten und können z.B. nicht fernsehen oder sich unterhalten. Besuche oder gar Kindergeburtstage seien aufgrund der beengten Verhältnisse nicht möglich.

Darüber hinaus befänden sich die Wohnungen teilweise in einem sehr schlechten Zustand.

## SAUBERKEIT, SICHERHEIT UND EIGENVERANTWORTUNG

Im Quartier fehle es an Sauberkeit und Sicherheit. Die Eltern berichten von Müllbergen, Mäusen und Ratten auf den Balkonen, abgestellten alten Möbel, Drogenkonsum im benachbarten Park und zu wenig sicheren Möglichkeiten zum Überqueren der stark befahrenen Straßen.

Im Kiez seien einige Kinder und Jugendliche respektlos und gewalttätig gegenüber anderen Kindern. Eine Mutter berichtet von Kindern, die ihren Sohn grundlos geschlagen



hätten; nunmehr lebe dieser in ständiger Furcht. Sie habe Angst, ihre Kinder nach draußen zu lassen. Die Anwesenden kommen zu dem Schluss, dass sich einige wenige Eltern im Quartier ihrer Erziehungsverantwortung nicht bewusst sind und damit die Mehrheit belasten.

**„Meine Tochter ist ein Mobbingopfer, sie hat Depressionen und geht nicht mehr raus. Ich habe als Mutter den Stress, nur weil Eltern keinen Bock haben, sich um ihre Kinder zu kümmern!“**

**„Manche Kinder spielen um Mitternacht noch auf der Straße. Wie sollen diese Kinder am nächsten Morgen in der Schule lernen?“**

Mehrere Forumsteilnehmende bestätigen, dass sich einige andere Eltern lieber mit ihrem Smartphone beschäftigen, als ihre Kinder nach ihrem Tag zu fragen. Dadurch

würden die Kinder zu Hause nicht ihre Emotionen herauslassen können.

**„Viele Eltern haben einfach keinen Bock, mit ihren Kindern zu reden.“**

Die anwesenden Eltern wünschen sich mehr Polizeipräsenz und appellieren, Vorfälle konsequent bei der Polizei zur Anzeige zu bringen und auch der Schule zu melden. Im Kiez gebe es zwei Security-Personen, die mit den gewalttätigen Kindern klar und deutlich reden. Die beschriebenen Fälle seien keine Einzelfälle. Wichtig sei die Schaffung einer sozialen Kontrolle im Kiez.

**„Warum interessiert es niemanden, wenn jemand etwas kaputtmacht?“**

## MEDIENKONSUM

Die Eltern beschäftigt der nach ihrer Ansicht zu hohe nicht altersgerechte Medienkonsum der Kinder. Die Videospiele, mit denen sich die Kinder und Jugendlichen die Zeit vertreiben, seien oft sehr gewalttätig und brutal: „nur Kämpfe“. Viele Spiele seien für ältere Jugendliche gedacht, aber die jüngeren Geschwister schauten mit, weil die Eltern nicht wüssten, was die Kinder gucken und machen. Man habe den Eindruck, dass manche Eltern froh sind, „wenn die Kinder irgendwie beschäftigt sind“. Kinder brauchen aber auch Kontrolle. Man komme kaum an die Eltern dieser Kinder heran. Sie seien oft nicht zugänglich für Gespräche. „Dadurch fallen diese Kinder durch das Raster.“

**„Viele Eltern bekommen ihre Kinder nicht unter Kontrolle.“**

Die Eltern wünschen sich Medienerziehung in der Schule für Kinder ab 7 Jahren.

Der Vorsitzende des Berliner Beirats für Familienfragen, Kazım Erdoğan, erläutert: „Das hat etwas mit Kommunikation zu tun. Wir interessieren uns nicht mehr füreinander. Aber wir müssen mehr miteinander reden!“

## MEHR ZEIT UND FAMILIENMANAGEMENT

**„Ich habe überhaupt keine Zeit für mich. Ich fühle mich wie ein Roboter und nicht wie ein Mensch. Ich möchte auch mal zur Ruhe kommen.“**

Die Mütter berichten von ihren Zeitschwierigkeiten und ihrer Mehrfachbelastung (Hausarbeit, Familie, Arbeit, Wohnungssuche, Druck durch das Jobcenter, Bürokratie, Schulstress der Kinder, Arbeitsstress der Väter).

**„Keine Zeit in Deutschland. Viel zu tun – keine Luft.“**

Gefordert wird, dass die Väter mehr Verantwortung für die Familie übernehmen.

**„Viele Frauen sind nur zu Hause und machen alles für die Familie.“**

Es gebe Männer, die ihren Frauen verbieten, herauszugehen und sich zu verabreden. Manche Frauen fühlen sich durch die in unmittelbarer Umgebung wohnenden Verwandten überwacht.

**„Die Männer sind draußen und gehen arbeiten. Viele sind Paschas.“**

## ANGEBOTE IM QUARTIER

Die Angebote im Kiez böten Frauen gute Möglichkeiten, sich auszutauschen und zu vernetzen oder sich beraten zu lassen.

Kritisiert wird, dass das Infoblatt des Quartiersmanagements nur in deutscher Sprache angeboten wird. Da in der Siedlung etwa 30 Sprachen gesprochen werden, ist ein mehrsprachiges Infoblatt, das alle Zielgruppensprachen abdeckt und monatlich erscheint, nicht möglich. Im Eltern-Kind-Zentrum werden jedoch verschiedene Sprachen gesprochen und der Flyer könne dort übersetzt werden.

Väter sollten mehr angesprochen werden, um beide Elternteile ins Boot zu holen. Neben Vätergruppen werden Kurse am Wochenende und an Abenden gewünscht.

Eine Mutter fordert mehr Unterstützung für Alleinerziehende, die komplett auf sich allein gestellt sind (ohne zweites Elternteil) und keine Hilfe durch Familie in der Nähe haben. Die Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen sei sehr schwierig („Betreuungsnotstand“). Das stellt für viele Alleinerziehende gerade auf dem Arbeitsmarkt eine große Schwierigkeit dar. Sie können beruflich nicht dort wieder anknüpfen, wo sie vor der Geburt aufgehört haben (Karriereknick). Bei der Kitaplatzvergabe sind sie mit Familien mit zwei Elternteilen gleichgestellt, obwohl bei ihnen die Dringlichkeit viel höher sei.

# FAMILIENFORUM MIT ZUGEWANDERTEN FAMILIEN AM 06.06.2023 IN KREUZBERG

**Ort: Interkulturelles Familienzentrum tam in der Wilhelmstr. 115 in 10963 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Interkulturellen Familienzentrum tam**

Insgesamt nahmen insgesamt 29 Personen teil. Darunter waren 25 Mütter mit jeweils ein bis sechs Kindern, die in Kreuzberg und Neukölln leben und aus verschiedenen Ländern (Türkei, Kurdistan, Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Jemen, Polen) zugewandert waren. Die Familien befanden unterschiedlich lang in Deutschland: von ein paar Wochen bis zu 20 Jahre. Unter den teilnehmenden Müttern arbeiteten einige als Stadtteilmütter im tam.

Es gab Arabisch, Türkisch, Englisch und Kurdisch-farsi sprechende Gruppen. Deutsch war Plenumssprache mit Übersetzungen durch die Stadtteilmütter.

## ERGEBNISSE

Die Familien beschäftigten am meisten: beengte Wohnverhältnisse, zu wenig und zu teure Wohnungen, fehlende Sprachförderung sowie die mangelnde Anerkennung und erlebte Benachteiligungen als ausländische Familien.

## WOHNEN

**„Am meisten belasten uns im Alltag die zu kleinen Wohnungen, z. B. ein bis zwei Zimmer für vier bis sechs Personen. Sie sind auch viel zu teuer, 17 Euro/qm.“**

Der größte Wunsch der Familien ist der nach mehr Wohnungsbau, vor allem nach bezahlbarem Wohnraum mit mehreren Zimmern.

Durch die Enge und die fehlende Privatsphäre entstehen verstärkt Streitigkeiten in der Familie.

Das Homeschooling während der Coronazeit erlebten die Familien als besonders schlimm. Die beengten Wohnverhältnisse führten zu psychischen Problemen und Gewalt in den Familien. Sie wünschen sich für Familien mit geringem Einkommen geeignete Finanzierungsmöglichkeiten für eine Eigentumswohnung oder ein Haus mit Garten.

Die Mütter schätzen das Wohnumfeld mit den Spielplätzen und würden noch mehr Parks und bezahlbare Indoorspielplätze begrüßen. Die Berliner Straßen und Parks sollten sauberer sein und es sollte weniger Lärmbelastung in der Umgebung herrschen.

## BILDUNG

Die Mütter berichten, dass es an Kitaplätzen fehle, und es daher sehr schwierig sei, einen Kitaplatz zu finden.

Sie kritisieren, dass die Schulen nach Nationen getrennt seien.

**„Die Schulen sind nicht gemischt nach Kulturen. Das ist nicht gut. Da gibt es unsichtbare Mauern zwischen den Nationen, zwischen Deutschen und Ausländern und zwischen türkisch-, kurdisch-, arabischstämmigen Kindern.“**

Die Mütter wünschen sich mehr Sprachkurse, um Deutsch zu lernen. Für ihre Kinder erhoffen sie sich eine bessere Sprachförderung und Nachhilfeunterricht, vor allem auch für die Älteren. Hausaufgabenhilfe sollte verstärkt angeboten werden.

## ARBEIT

Den Zugang zum Arbeitsmarkt finden die Mütter besonders schwer, da sie die Arbeit mit Haushalt und Familie vereinbaren müssen. Ihrer Ansicht nach fehlen flexiblere Arbeitszeitmodelle. Generell mangle es an Arbeitsplätzen, vor allem an gut bezahlten für Migrantinnen und Migranten. Frauen mit Kopftuch hätten es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt, weil die Vorbehalte gegenüber Muslima in der Mehrheitsgesellschaft groß sind.

***„Die Inflation frisst unser Geld und unsere Gehälter auf.“***

Die Mütter sprechen sich dafür aus, dass ausländische Abschlüsse besser und einfacher anerkannt werden.

***„Ich bin Englischlehrerin und kann hier nicht arbeiten.“***

Die Arbeitsplatzvermittlung durch die Jobcenter sollte besser vorbereitet sein, damit die Mütter in ihrem zeitlich eng gestrickten Alltag nicht dauernd umsonst zu Vorstellungsgesprächen gehen müssen.

## DEUTSCH LERNEN

Dass generell viele Deutsch- und Integrationskurse und Weiterbildungen angeboten werden, finden die Teilnehmenden sehr hilfreich. Allerdings gibt es zu wenig Deutschkurse für Mütter mit kleinen Kindern und Deutschkursangebote für Eltern, die keinen gesicherten Aufenthalt in Deutschland haben. Dadurch entstehen unnötige Alltagshürden.



***„Das Einkaufen für das Baby ist schwierig, weil ich es nicht verstehe und den Deutschkurs wegen des Babys nicht mehr besuchen konnte.“***

***„Die Sprachcafé-Angebote helfen mir dabei, im Alltag besser klarzukommen.“***

## RASSISMUS

Im Alltag trafen sie oft freundliche Menschen, die Frauen mit Kopftüchern ohne Vorbehalte und Vorurteile begegnen. Auch in den Behörden und Ämtern gebe es nette Mitarbeiter. Es wird aber auch von negativen Erfahrungen berichtet.

**„Das Bürgeramt soll uns als Person sehen,  
nicht als Ausländer mit Kopftuch.“**

Die Familien erleben Anfeindungen, z. B. in Bussen, und die Mädchen und Frauen erfahren häufig respektlosen Umgang, nur weil sie Kopftücher tragen.

**„Schlimm ist der Rassismus im Bildungssystem.  
Unsere Kinder bekommen schlechtere Abschlüsse und  
Zuweisungen aufgrund der Herkunftssprache.“**

Die Teilnehmenden wünschen sich mehr Respekt gegenüber ausländischen Familien sowie die Anerkennung ihrer beruflichen und schulischen Abschlüsse, um auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben.

## STAAT

Einige Teilnehmende fragen sich, warum sie überhaupt arbeiten sollten, bei den vielen Steuern und Abgaben. Es müsse sich finanziell lohnen, arbeiten zu gehen.

Die Mütter beklagen, dass es zu schwierig sei, Termine beim Bürgeramt zu bekommen. Die Behörden seien schwer erreichbar. Die Teilnehmenden sprechen sich für weniger Bürokratie aus. Sie vermissen englischsprachige Informationsseiten im Internet darüber, was wie funktioniert und wo es was gibt.

Bei Problemlagen auf der Straße fordern die Mütter eine raschere Reaktion der Sicherheitskräfte, die Polizei müsse bei Anrufen schneller reagieren.

**„Richtig gut ist hier die Meinungsfreiheit, hier können wir alles sagen, ohne ins Gefängnis zu kommen!“**

Für die Möglichkeit der Familienzusammenführung sind die Familien sehr dankbar: „Vielen Dank, Deutschland.“

## SOZIALES

„Es sollen nur Menschen kommen, die bereits integriert sind“, so wird die Anforderung an die zugewanderten Mütter wahrgenommen. Aber sie müssten doch erst einmal ankommen.

Im Alltag unterstützten sie die interkulturellen Familienzentren, die Kiezoase und die Stadtteilmütter.

**„Stadtteilmütter sind viel mehr wert als 13 bis 15 Euro pro Stunde und werden oft nicht wirklich ernst genommen, aber sie können viel mehr als nur übersetzen!“**

Die finanzielle Förderung bei Schulausflügen und Klassenfahrten helfe den Familien sehr. Auch das 49-Euro-Ticket, der kostenfreie ÖPNV für Schulkinder und der Teilhabepass für Familien seien gute Angebote.

Des Weiteren hätten ihnen die vielen Freizeitangebote. Jedoch gebe es zu wenig Schwimm- und Sportkurse sowie Angebote für Familienreisen, insbesondere für Familien mit mehr als zwei Kindern und in Regionen, in denen sie sich sicher fühlen können.

## GESUNDHEIT

Die Teilnehmenden identifizieren einen Mangel an Therapieplätzen für Kinder und zu wenig Termine bei den Sozialpädiatrischen Zentren. Auch sei es sehr schwer, Arzttermine zu bekommen. Für die Begleitung bis zur Geburt seien mehr Hebammen nötig.

Das System mit der Krankenkassenkarte lasse sich für Menschen mit Migrationshintergrund schwer durchschauen, vor allem wenn sie noch keinen gesicherten Aufenthalt haben.

# FAMILIENFORUM MIT ALLEINERZIEHENDEN MÜTTERN MIT ZUWANDERUNGSGESCHICHTE AM 12.06.2023 IN MOABIT

**Ort: Jugendhaus B8 in der Berlichingenstr. 8-11, 10553 Berlin**

**Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Netzwerk für Alleinerziehende im Bezirk Mitte, der Alice-Salomon-Hochschule und dem Jugendhaus B8**

Insgesamt nahmen 33 Personen teil, darunter 23 alleinerziehende Mütter mit Zuwanderungsgeschichte aus mindestens sieben verschiedenen Ländern. Die meisten Mütter (14) hatten drei bis fünf Kinder. Einige arbeiten als Stadtteilmütter bei der Bethania Diakonie. Vertreten waren Türkisch, Farsi und Deutsch sprechende Gruppen. Deutsch war Plenumssprache mit Übersetzungen durch die Stadtteilmütter.

## ERGEBNISSE

Als größte Herausforderungen nannten die alleinerziehenden Mütter: Existenzängste und finanzielle Sorgen, die fehlende Familienzusammenführung, beengte Wohnverhältnisse und die psychische Belastung.

„Ich fühle mich isoliert, einsam und allein gelassen“, so das zusammenfassende Zitat einer Mutter, die damit die Lage von alleinerziehenden zugewanderten Müttern mit geringen Deutschkenntnissen beschrieb. Vor allem die Stadtteilmütter und die Stadtteilzentren wurden als große Hilfen im Alltag genannt, der aus einem Dschungel aus Terminen mit Ärztinnen und Ärzten, Ämtern, Behörden und Einrichtungen bestehe. In diesem Zusammenhang wurden auch die Elternabende und Gesprächsbedarfe der Kitas und Schulen hervorgehoben. Die Wohnungen als Rückzugsräume seien zu klein, zu teuer oder in Sammelunterkünften gelegen. Insgesamt zeigten sich die Alleinerziehenden von der Alltagsbewältigung erschöpft. Als Unterstützung im Alltag wurden viele regionale Einrichtungen, Freizeit- und Beratungsangebote genannt.

**„Ich muss hier auch mal ein Lob aussprechen für alle Beratungsstellen in Berlin-Mitte, die machen alle tolle Angebote für Familien.“**

## WOHNEN UND SOZIALE LAGE

**„Ich wohne mit meinen drei Kindern in einer Zweizimmer-Wohnung mit 50 qm. Da kommt es automatisch zu Auseinandersetzungen. Besuch können wir da auch nicht empfangen. Dadurch fühle ich mich sozial isoliert, depressiv und habe gesundheitliche Probleme.“**

Die große Armut, die unter alleinerziehenden Müttern vorherrscht, verursacht eine Reihe von Folgeschwierigkeiten. Zu wenig oder gar kein Geld bedeutet, dass nur zu kleine Wohnungen bezahlt werden können. Oft mussten aber auch vom Amt überteuerte Mieten übernommen werden. So war eine Teilnehmende mit sechs Kindern in einem Hostel untergebracht, in dem die monatliche Miete ca. 5.000 Euro betragen habe. Diese kämen den Betreibern des Hostels zu Gute aber nicht den Familien. „Warum bauen sie davon nicht gleich Häuser?“, so die kritische Nachfrage einer Teilnehmenden.

Kleine Wohnungen und Sammelunterkünfte bedeuteten, dass die Familienmitglieder keine Privatsphäre hätten, was auch Konflikte untereinander verursache. Das soziale Leben sei eingeschränkt, da kein Besuch von





Freunden oder Bekannten empfangen werden könne. Dadurch entstehe ein Gefühl der Isolation, das wiederum gesundheitliche und psychische Probleme befördere.

Ein Wunsch lautet, die besondere Lage von Alleinerziehenden zu berücksichtigen und bei der Wohnungssuche, -vermittlung und -vergabe ganz oben auf die Liste zu setzen.

## UMGANG MIT BEHÖRDEN UND GESUNDHEITLICH-SOZIALE LAGE

***„Ich habe starke Konzentrationsprobleme, ich bin den ganzen Tag nur mit Briefen von Ämtern und dem Jobcenter und der Sorge um meine Kinder beschäftigt.“***

Die Anwesenden wünschen sich, dass Anträge, Formulare und Regelungen in verständlicher Sprache formuliert werden.

Die Mütter berichten, dass für sie die Leistungsvergabe intransparent, widersprüchlich und oftmals zu komplex sei. Sie wünschen sich ein Schulungsangebot und verständliche Informationen in einfacher Sprache über alle Unterstützungsmöglichkeiten, um diese zu verstehen. Im Jobcenter Mitte wurde ein Extra-Team für die Belange von Alleinerziehenden geschaffen. Dennoch werden die Gänge zum Jobcenter als anstrengend und zeitaufwendig wahrgenommen, und die oftmals mit „sinnlosen“ Vorstellungsgesprächen verbundene Arbeitsvermittlung führe zu weiterer Frustration.

Zu den Gängen zum Jobcenter kommen die Gänge zum Amt für Ausländerangelegenheiten, zu den Bürgerämtern und zum Landesamt für Einwanderung hinzu. Haben sie keinen dauerhaften Aufenthaltstitel, dann müssen sie alle drei Monate neue Anträge stellen und Formulare ausfüllen. Die Duldung lässt auch nur einen eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem zu, der Müttern und Kindern notwendige, dringende ärztliche Versorgung und Hilfe vorenthält.

***„Bei Duldung bekomme ich keine richtige Behandlung für meine Kinder, ich muss immer zum Bezirksamt rennen.“***

Jeder Gang zur Ausländerbehörde sei mit der Angst vor einer Abschiebungsandrohung verbunden.

***„Für Menschen wie mich mit Duldung sind die Möglichkeiten sich zu entwickeln, sehr begrenzt.“***

Durch die Duldungssituation leben die Betroffenen in Isolation. Dadurch entstehen gesundheitliche und psychische Probleme.

Die soziale Lage, die eingeschränkten Deutschkenntnisse und die komplizierten bürokratischen Vorgänge führten zu einer permanenten Überforderung. Eine Mutter, die in Deutschland ihr Kind zur Welt brachte, berichtet, dass sie und ihr Mann durch das europäische Verteilersystem getrennt wurden. Sie lebt mit dem Kind in Berlin, ihr Mann

hingegen fernab in Frankreich. Die Familienzusammenführung sei schwierig und langwierig und in der derzeitigen Praxis kinderrechtsverletzend. Diese Situation belaste die Betroffenen sehr.

Die permanente Überlastung im Alltag führt zu Konzentrationsproblemen und zu Versäumnissen. Diese bestärken den Teufelskreis, aus dem die alleinerziehenden Mütter versuchen, zu entkommen. Dabei bleibe keine Zeit, um wirklich kontinuierlich an Deutschkursen teilzunehmen, um eine Grundvoraussetzung von Teilhabe zu schaffen.

Die Mütter zeigen sich sehr dankbar für die vorhandenen Unterstützungs- und Beratungsangebote. Viele Familienzentren in Berlin sind jedoch nur minimal (mit einer Teilleistung) ausgestattet. Die Stadtteilmütter seien in die Entgeltgruppen E2 oder E3 eingruppiert und bekämen kaum mehr als den Mindestlohn für ihre aufreibende und engagierte Arbeit. Die Tätigkeit der Stadtteilmütter ist noch mit zu vielen Einschränkungen versehen. Beispielsweise dürfen Stadtteilmütter Frauen nicht zu einem Arzt oder einer Ärztin begleiten.

## FINANZIELLE SITUATION

Alleinerziehende belastet oft ihre finanzielle Situation. Um die Beantragung von Leistungen müssen sie sich, neben den vielen anderen Dingen, in der Regel allein kümmern.

Ein häufiges Problem besteht darin, dass Väter nicht zahlen und die Mütter nicht wissen, wie sie zu ihrem Recht kommen. Die Frauen müssten sich immer durchsetzen und kämpfen, auch gegenüber dem Jobcenter, das enormen Druck ausübe. Wenn Unterhalt und/oder Ersatzleistungen gezahlt werden, dann wird darin das Kindergeld grundsätzlich verrechnet. Das wird als ungerecht empfunden. Die Anwesenden wünschen sich dringend die Kindergrundsicherung.

Um die soziale Lage zu verbessern, bräuchte es einen angemessenen Zugang zum Arbeitsmarkt, der die Lage der Alleinerziehenden berücksichtigt, z. B. Jobcenter-Kurse und unkomplizierte, flexible Angebote für Deutschkurse, vor allem gekoppelt mit Kinderbetreuung. Sprachcafés sind eine niedrigschwellige Möglichkeit, Deutschkennt-

nisse zu verbessern, aber es fehlt an Angeboten. Darüber hinaus sollten auch Mutter-Baby-Sprachkurse an den Volkshochschulen angeboten werden.

**„Ich wünsche mir seit fünf Jahren einen Deutschkurs zu machen, aber solange ich eine Duldung habe, wird das nicht finanziert.“**

## KINDER UND BILDUNG

Die alleinerziehenden Mütter wünschen sich mehr Unterstützung für ihre Kinder im Schulunterricht und mehr Hausaufgabenhilfen. Die Stadtteilmütter berichten, manche Familien seien so überfordert, dass sie nicht mal in den Schulranzen der Kinder gucken könnten. Hier werden dringend mehr pädagogische Fachkräfte oder Sozialarbeitende zur Unterstützung benötigt, besonders für alleinerzogene Kinder. Die Mütter wünschen sich: „Wenn die Kinder nach Hause kommen, sind alle Hausaufgaben erledigt.“

Fehlende Schulplätze sind insbesondere für zugewanderte Kinder ein Problem. Auch die Wartelisten für Kitas sind zu lang, um eine gute soziale Teilhabe, Bildung und Integration zu ermöglichen. Insbesondere für Kinder mit speziellem Förderbedarf sollte die lange Wartezeit verkürzt werden.

**„Es passiert so viel mit den Kindern, bis der Antrag auf speziellen Förderbedarf durch ist.“**

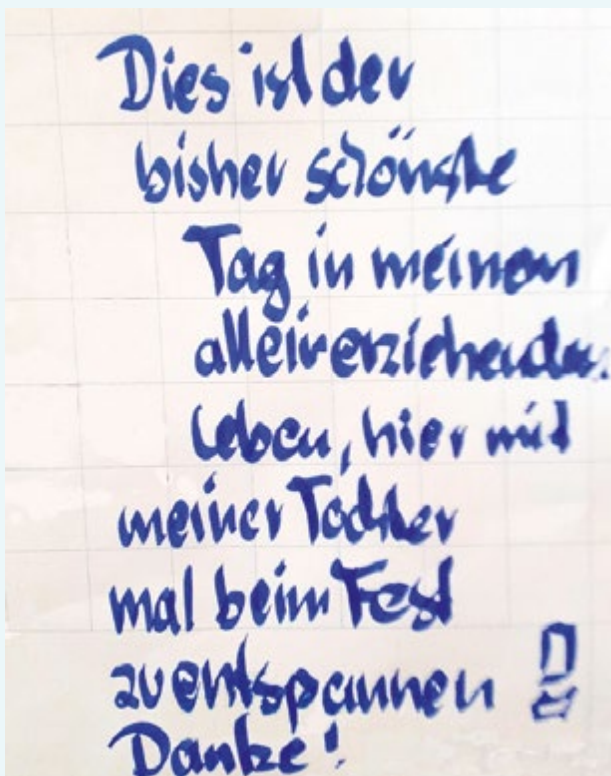
Die Mütter berichten, dass Kinder ohne Kitaplatz kein Deutsch lernen. Das macht ihr Ankommen in der Schule schwierig. Das Schulamt kümmert sich zwar um Sprachförderkurse, an denen die Kinder teilnehmen müssen, aber das ist dann oft zu spät.

Die Angebote der flexiblen Kinderbetreuung in Mitte werden sehr gut angenommen. Nach Wunsch der Alleinerziehenden sollten sie ausgebaut werden, damit die Mütter „Deutsch lernen und Arztbesuche“ erledigen können.

# FAMILIENFORUM MIT ALLEINERZIEHENDEN AM 07.07.2023 IN STEGLITZ

Ort: Interkulturelles Familienzentrum RING im Selerweg 17 in 12169 Berlin

Veranstaltende: Koordinierungsstelle des Netzwerks für Alleinerziehende (KOOST) in Steglitz-Zehlendorf in Kooperation mit dem Berliner Beirat für Familienfragen



*„Dies ist der bisher schönste Tag in meinem alleinerziehenden Leben, hier mit meiner Tochter beim Fest mal zu entspannen. Danke.“*

Das Familienforum fand im Rahmen eines Sommerfestes für Einelternfamilien in Steglitz-Zehlendorf statt. Unter den zahlreichen Angeboten gab es diverse Infostände, einen Wellnessbereich mit Massagen und Kosmetikbehand-

lungen, Fotoshootings, Kindertheater, Kinderschminken, Kreativ- und Tanzworkshops und Kinderbetreuung beim Spielmobil. Etwa 17 Alleinerziehende, überwiegend Mütter, nahmen teil.

Die Teilnehmenden zeigten sich dankbar für die Wertschätzung, die ihnen durch das Forum und das Sommerfest entgegengebracht wurde.

*„Es tut so gut, alles mal loslassen zu können und zu hören, was bei den anderen für Probleme sind.“*

## ERGEBNISSE

Als größte Herausforderungen nannten die Alleinerziehenden die Bürokratie mit den Ämtern und beengte Wohnverhältnisse sowie die finanzielle, psychische und physische Belastung, unter der sie durch die alleinige Verantwortung für ihre Familie stehen. Sie sahen sich dadurch benachteiligt, dass ihre Familienkonstellation nicht ausreichend anerkannt und mitgedacht, sondern stattdessen als abweichend oder defizitär angesehen werde.

## BÜROKRATIE UND ÄMTER

*„Der Wohngeldantrag war ein absoluter Graus.“*

Die Anwesenden berichten, dass ihnen bei der öffentlichen Verwaltung Service und Bürgernähe fehlen.

**„Die Ämter sind nicht erreichbar.  
Man kann nicht vorbeigehen.“**

Eine Alleinerziehende erlebt Diskriminierung und Rassismus auf Ämtern „aufgrund meines Deutschen“. Die Verwaltungssprache ist vielen Menschen nicht verständlich.

**„Ich bin Akademikerin und verstehe die Schreiben nicht. Wie soll jemand ohne Ausbildung oder nur mit wenigen Deutschkenntnissen das verstehen?“**

Die Alleinerziehenden wünschen sich eine bessere Zusammenarbeit der Ämter untereinander. Der enorme bürokratische Aufwand wird als sehr belastend wahrgenommen, zumal die Zeitressourcen von Alleinerziehenden extrem knapp seien. Es wird als „unnötig“ angesehen, dass immer wieder „dieselben Unterlagen bei den Ämtern eingereicht werden müssen“. Wünschenswert wäre es, zum einen vereinfachte Anträge zu haben und zum anderen, nur eine einzelne Anlaufstelle, die behördliche Leistungen bündelt.

**„In einem Amt wollen drei Stellen die gleichen Unterlagen von mir. Können die sich nicht vernetzen?“**

**„Ich bekomme dort was und dort. Es ist mir einfach zu viel, überall die Anträge zu stellen.“**

Es gibt aber auch positive Erfahrungen mit Berliner Ämtern, z. B. mit dem Familienbüro.

**„Wenn man jemanden erreicht: Nett sind sie.“**

**„Nach der Trennung hat mir das Familienbüro in Steglitz-Zehlendorf sehr geholfen. Ich konnte dort immer anrufen, und ich habe Unterstützung bei Anträgen bekommen.“**

## BEENGTE WOHNVERHÄLTNISSE UND WOHNUNGSNOT

Alleinerziehende leiden oft unter beengten Wohnverhältnissen. Eine Mutter wohnt mit ihren vier Kindern in einem Zimmer. Eine andere Frau lebt mit drei Kindern in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung.

**„Die professionelle Familienhilfe hat mich unterstützt, aber sie kann an der Wohnungssituation auch nichts ändern. Nur die Stärksten halten das durch.“**

Die Wohnungsnot wirkt sich negativ auf die schulischen Leistungen der Kinder aus.

**„Mein Kind hat keine Ruhe und wird immer schlechter in der Schule. Die Schule sagt, dass mein Sohn Ruhe zum Lernen braucht. ... Wir haben wenig Platz – die Kinder keinen Schreibtisch für Hausaufgaben und schlafen auf dem Boden ohne Betten.“**

Eine Mutter aus Afghanistan lebt mit ihrer Familie in einer Flüchtlingsunterkunft. Die schulischen Leistungen auch ihres Kindes sind deutlich schlechter geworden. Die Schule teilte ihr mit, sie solle aus der Unterkunft heraus, damit das Kind endlich Ruhe zum Lernen hat. Aber sie habe keine Chance eine Wohnung zu bekommen. Eine weitere Mutter muss aufgrund des Wohnungsmangels mit dem Vater ihrer Kinder in einer Wohnung leben, obwohl sie bereits seit einem Jahr getrennt sind. Das bringt viele Konflikte mit sich.

## FINANZIELLE, PHYSISCHE UND PSYCHISCHE BELASTUNGEN DER ALLEINERZIEHENDEN

Die Alleinerziehenden berichten von finanziellen Sorgen, selbst wenn sie berufstätig sind. Sie haben z. B. kaum Geld für Urlaube. Ihre Schlussfolgerung: „Den Kindern wird vermittelt: Ich bin in der Welt und ich bin eine Last. Ich habe keinen Wert.“

Eine ältere Frau, die alleinerziehend war und mit ihrer nun ebenfalls alleinerziehenden Tochter am Forum teilnimmt, klagt: „Es hat sich nichts geändert: Man bleibt ein Bettler. Wenn man Kinder bekommt, hat man keine Unterstützung.“

**„Das Muttersein wird nicht honoriert.  
Das ist ein 24-Stunden-Job.“**

Die Teilnehmenden finden es ungerecht, dass das Kindergeld beim Unterhaltsvorschuss angerechnet wird.

**„Das Kindergeld müsste unantastbar sein. Die Kinder von Alleinerziehenden werden bestraft.“**

Eine Mutter berichtet, dass ihr die Familienhebamme während der Elternzeit sehr geholfen hat. Aber danach habe es keine Unterstützung mehr gegeben, obwohl viele Probleme auftreten – insbesondere, wenn noch kein Kitaplatz zur Verfügung steht und deswegen der Wiedereinstieg ins Berufsleben gefährdet ist.

Ferner wird von Schwierigkeiten mit dem Kindsvater (bis hin zu Gewalterfahrungen) bei der Einhaltung von Umgangsregeln berichtet, gerade wenn diese gerichtlich angeordnet wurden. Die Umgangscafés seien zwar ein gutes Konzept, aber vielen Familien nicht bekannt, und es gebe auch zu wenige. Die Angst einiger Mütter vor dem Jugendamt ist groß. Eine kostengünstige, niedrighschwellige Rechtsberatung für alleinerziehende Mütter, speziell zu Umgangs- und Sorgerechtsfragen, wird als dringend notwendig angesehen.

Gerade in gerichtlichen Verfahren oder im Umgang mit Ämtern herrschen große Unsicherheit und Angst. Immer mehr alleinerziehende Mütter berichten, dass sie sich nicht ernst genommen fühlten, man ihnen keinen Glauben schenke und ihre Erfahrungsberichte in Zweifel ziehe.

## KINDERBETREUUNG

Die Teilnehmenden berichten, dass Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund und Familien mit Kindern mit besonderem Förderbedarf bei der Vergabe von Kitaplätzen häufig benachteiligt werden, da sich die Kitas die Kinder letztendlich auswählen könnten. Aufgrund der chronischen Unterbesetzung der Kitas versuchten die Kitaleitungen, mit der Kinderauswahl ihre Mitarbeitenden zu entlasten. Aber auch Vorurteile spielen eine Rolle.

**„Selbst wenn man drei Jahre für einen Kitaplatz angemeldet ist, hat man keine Garantie auf einen Platz.“**

„Man wird als schlechte Mutter dargestellt, wenn man das Kind mal später abholt,“ z. B. weil man es mal nicht rechtzeitig von der Arbeit zur Kita geschafft hat.

**„Die Kita macht mehr Druck, als dass sie entlastet.“**

Alleinerziehende arbeiten häufig in Teilzeit, bekommen deshalb auch keinen Ganztagesgutschein bewilligt. Dabei bräuchten sie dringend einen Zeitpuffer, um wichtige Dinge erledigen oder auch mal etwas für sich selbst und den Erhalt der eigenen Gesundheit tun zu können.

# WÜNSCHE DER FAMILIEN AN POLITIK, VERWALTUNG UND GESELLSCHAFT

Auf allen Familienforen wurden die Wünsche der Familien abgefragt. Festzuhalten bleibt, dass Familien sich vor allem mehr Wertschätzung und Entlastung wünschen – sei es mehr Zeit, eine größere Wohnung oder weniger Aufwand bei der Kitaplatzsuche und Kommunikation mit Ämtern sowie bei Formularen und Anträgen.

## MEHR WERTSCHÄTZUNG – DISKRIMINIERUNG UND STRUKTURELLE GEWALT VERHINDERN<sup>5</sup>

Die Familien wünschen sich insgesamt mehr gesellschaftliche Anerkennung und finanzielle Unterstützung. Es werden „mehr helfende Hände im Alltag mit Kind(ern)“<sup>6</sup> benötigt.

Im Rahmen der Foren berichteten die Familien von demütigenden Erfahrungen mit Behörden und Institutionen (z. B. in Schulen und Kitas). Oft nehmen sie Antragsverfahren zu Unterstützungsleistungen als diskriminierend wahr. Sie wünschen sich eine serviceorientierte Einstellung bei der Verwaltung und eine drastische Vereinfachung der Leistungen sowie des Beantragungswesens. Immer wieder wurde der Wunsch nach nur einer Anlaufstelle für Familien geäußert. Die Anrechnung des Kindergeldes bei Hartz IV-/Bürgergeld-Bezug und Unterhaltsvorschuss wird als ungerecht empfunden.

Familien mit Diskriminierungserfahrungen fordern eine Gleichbehandlung und gesellschaftliches Handeln zur Verbesserung ihrer Situation. Dies betrifft vor allem zugewanderte Familien, Familien mit chronisch kranken,

behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen, Alleinerziehende und queere Familien.

Zugewanderte Familien erleben immer wieder Alltagsrassismus: im öffentlichen Raum, bei der Verwaltung, bei der Wohnungssuche, aber auch im Bildungssystem. Sie wünschen sich von allen Seiten mehr Respekt gegenüber ausländischen Familien. Zugewanderte Familien benötigen eine schnellere und einfachere Anerkennung beruflicher und schulischer Abschlüsse. Sie wünschen sich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und für ihre Kinder einen gerechteren Zugang zum Bildungssystem.

Internationale Fachkräfte (Expats) vermissen eine Willkommenskultur. Sie empfinden das aktuelle System als „ausschließend“. Für ankommende ausländische Menschen sollte es ein Willkommenspaket mit Informationen und Leitfäden geben, z. B. zur Einführung in das deutsche Schulwesen und in das medizinische Versorgungssystem, zur Hilfe bei der Suche nach Wohnungen, Kitaplätzen, medizinischen Angeboten usw.

Für die vollständige Anerkennung der Gleichwertigkeit und für die Akzeptanz von Menschen mit besonderen Beeinträchtigungen ist ein Umdenken nötig. Unterstützungshilfen müssen realitätsnah sein und sollten mit den Betroffenen erarbeitet werden. Mehr Diversität in der Politik würde vermutlich auch zu einer Verbesserung der Situation der Betroffenen führen.

Chronisch kranke, behinderte und pflegebedürftige Kinder und Jugendliche sollten in der Gesellschaft sichtbarer werden. Zur Sensibilisierung der Gesellschaft wäre eine umfassende Aufklärungskampagne zur Situation der Betroffenen sowie der pflegenden Eltern wünschenswert, um das Wissen und das Verständnis von Inklusion zu erweitern. Diese Kampagne sollte von Betroffenen

5 - „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung.“ (Galtung, Johann: Gewalt, Frieden und Friedensforschung In: Senghaas, Dieter (Hg.): Kritische Friedensforschung, Frankfurt a. M. 1971, S. 57) „Den Typ von Gewalt, bei dem es einen Akteur gibt, bezeichnen wir als personale oder direkte Gewalt; Gewalt ohne einen Akteur als strukturelle oder indirekte Gewalt.“ (ebd. S. 62)  
6 - Familienforum des Berliner Beirats für Familienfragen mit queeren Familien am 20.09.2022 im Regenbogenfamilienzentrum

mitkonzipiert werden. Die Gesellschaft glaubt weitgehend, dass pflegebedürftige Kinder und Jugendliche hierzulande gut versorgt sind und das Hilfesystem gut ausgebaut ist.

Queere Familien wünschen sich eine Gleichstellung mit nicht-queeren Familien. Dies könnte vor allem durch die Änderung des Abstammungsrechts, mehr Sensibilität und Information zu Belangen von queeren Familien in Bildungseinrichtungen und Institutionen sowie durch eine bessere Anerkennung von Schutzräumen (z. B. queere Familienzentren) erreicht werden.

Es bedarf einer lang überfälligen Reform des Abstammungsrechts auf Bundes- und EU-Ebene. Dafür muss bei den Geburtsurkunden die Elternschaft geschlechtlich offen sein können und auch Mehrelternschaft als Möglichkeit ausgewiesen werden.

Der Prozess der Stiefkindadoptionen für queere Familien sollte abgeschafft werden. Das Adoptionsverfahren ist bei queeren Familien zu intransparent, uneinheitlich und sehr langwierig. Daher fehlt für das Kind eine Absicherung, wenn der eingetragenen Mutter etwas zustößt oder der/die Partner\*in als Versorger\*in ausfällt. Es sollte einheitliche Entscheidungskriterien bei den Jugendämtern und Gerichten geben. Das Ausstellen einer vollständigen Geburtsurkunde und die damit verbundenen Rechte müssten sofort umgesetzt werden, weil queere Familien oft nur ein Elternteil eintragen können. Die Anerkennung der Elternschaft muss zur Absicherung des Kindes vorgeburtlich möglich sein, unabhängig von der geschlechtlichen Identität der Eltern. Queere Familien wünschen sich hierzu mehr Bundesratsinitiativen. Berlin sollte seinen Ruf als „offene Stadt“ untermauern und dabei eine führende Rolle übernehmen.

Die Benachteiligung der Kinder queerer Familien durch die rechtliche Anerkennung von nur einer Mutter muss beendet werden. Der Status quo bedeutet für das Kind, dass es im Todesfall des rechtlich anerkannten Elternteils in eine Pflegschaft kommen könnte, da der andere Elternteil aufgrund des Geschlechts nicht als solcher anerkannt ist. Ebenfalls berührt ist das Erbschafts-

recht: Als Halbweise hätte das Kind keinen Anspruch auf Waisenrente, wenn die soziale oder in der Geburtsurkunde eingetragene Mutter stirbt.

Auf Landesebene müssen rechtliche Standards erarbeitet und Verwaltungsabläufe angepasst werden, um etwaiger Willkür wirkungsvoll zu begegnen. Per Verordnung sollten Formulare angepasst und entsprechende Ausführungsvorschriften in Kraft gesetzt werden. Anträge müssen in allen Bereichen überarbeitet werden und einheitlich diskriminierungsfrei sein. Auf Basis des Antidiskriminierungsgesetzes und der Rechtsprechung wären nach Ansichten der queeren Familien schon jetzt erhebliche Erleichterungen möglich.

Queere Familien wünschen sich eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz und mehr Verständnis für Intersektionalität. Angebote und Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aufklärung sollten daher ausgebaut und gefördert werden. Queere Themen sind in allen Bereichen zu verankern (in pädagogischen Belangen, in der Verwaltung, der Medizin, bei Pflegediensten, in Einrichtungen für ältere Menschen usw.).

## FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG, BÜROKRATIEABBAU UND ARMUTS- VERMEIDUNG

Auf allen Foren plädierten die Familien für mehr Informationen zu bürokratischen Abläufen und Unterstützungsleistungen. Zum Zeitpunkt der Geburt sollten Eltern automatisch über Leistungen, Angebote, Beratungsstellen und Hilfen für Familien informiert werden.

Die Familien wünschen sich mehr Beratung und Unterstützung sowie konkrete Begleitung bei einer zentralen Anlaufstelle, die eigeninitiativ über Neuerungen informiert und über präventive Möglichkeiten aufklärt sowie praktische Hilfen gibt (Anträge ausfüllen, Begleitung etc.). Bei den vielen komplexen Zuständigkeiten ist dies notwendig, damit die Familien entlastet werden, ihre Rechte wahrnehmen und sich ihre Kinder bestmöglich entwickeln können.

Bürokratieabbau und eine Verkürzung der Wartezeiten werden grundsätzlich überall gefordert, beim Bürgeramt und bei Anträgen zu Wohngeld, Elterngeld, Unterhaltsvorschuss usw. Die Ämter müssen besser erreichbar sein, auch telefonisch.

Antragstellungen sollten deutlich vereinfacht bzw. automatische Leistungsgewährungen eingeführt werden (z. B. beim Kindergeld). Anträge, Regelungen und Schreiben der Verwaltung müssen in verständlicher Sprache verfasst sein. Anstelle von Einzelanträgen sollte nur ein Antrag für alle Leistungen gestellt werden können. Bei eindeutig langfristigen Verhältnissen sollten die Intervalle für Antragstellungen angepasst werden. Für freiberuflich Tätige und Selbstständige sind Vereinfachungen bei den Nachweisen nötig. Antragstellungen sind vermehrt zu digitalisieren und Vorschussgewährungen zu ermöglichen. Die zuständigen Behörden sollten enger zusammenarbeiten, um Bürokratie abzubauen und Antragsverfahren zu vereinfachen.

Zugewanderte Familien und Expats wünschen sich Erleichterungen und geringere Gebühren bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und bei Visaanträgen. Informationsseiten im Internet auf Englisch und in den Bürgerämtern zumindest eine Englisch sprechende Kontaktperson sind erforderlich. Da die deutsche Bürokratie sehr schwer zu verstehen ist, sollten Neuankömmlinge automatisch eine Art Leitfaden zum Verstehen des Systems erhalten, der in mehreren Sprachen zur Verfügung zu stellen ist.

Die Elterngeldbeantragung muss einfacher werden und die Auszahlung zeitnah geschehen. Die Elternzeit und der Elterngeldzeitraum sollten erweitert sowie flexibilisiert und somit lebensnah gestaltet werden. Elterngeld ist auch Pflegeeltern und unverheirateten queeren Eltern zu gewähren. Berlin sollte, wie einige andere Kommunen/Länder, elterngeldähnliche Leistungen zahlen.

Die staatliche finanzielle Unterstützung für Familien mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen ist zu kom-

pliziert. Sie muss gezielter erfolgen und sollte zusammengefasst, in individuelle Budgets gebündelt und den Familien als Unterstützungsbudget bei chronischen Beeinträchtigungen auch dauerhaft (ohne regelmäßige Neubeantragung) gezahlt werden. Doppelstrukturen sollten vermieden werden. Für eine gute Steuerung ist es unabdinglich, die Betroffenen an der Entwicklung der Verfahren zu beteiligen, um gut gemeinte, aber unpassend umgesetzte Verwaltungspraxen abzuschaffen.

Die Familien fordern mehr Maßnahmen zur Armutsverhinderung von Familien. Kinder aus Familien, die Bürgergeld oder Unterhaltsvorschuss beziehen, haben z. B. keinen Vorteil von Kindergelderhöhungen. Der zu geringe BuT-Satz für Sport- und Freizeitaktivitäten sollte erhöht werden. Termine bei einer Schuldnerberatung sollten zeitnah zu bekommen sein.

Familienmitglieder, die sich im Bereich Verwandtenpflege engagieren, leben in der Folge oft in prekären Verhältnissen. Die Pflege chronisch kranker, behinderter, pflegebedürftiger Kinder wird nicht finanziert. Ungenügende Rentenbeitragszeiten führen zu Altersarmut und damit dauerhaft zu staatlichem Hilfsbedarf. Dies betrifft auch viele Alleinerziehende, die oft nicht in Vollzeit arbeiten können bzw. nur ein Einkommen zur Finanzierung der Familie haben. Hier bedarf es weiterer Unterstützungsformen und -leistungen.

## WOHNVERHÄLTNISSE DRINGEND VERBESSERN

Viele Familien benötigen dringend eine bessere Wohnsituation. Der Wohnraumangel zwingt insbesondere Alleinerziehende und zugewanderte Familien, in beengten Wohnverhältnissen leben zu müssen, wodurch ihr Gesundheitszustand und die schulischen Leistungen der Kinder beeinträchtigt werden. Sie fordern mehr Wohnungsbau und günstigen Wohnraum mit genügend Zimmern für Familien. Familien mit geringerem Einkommen wünschen sich Finanzierungsmöglichkeiten für eine Eigentumswohnung oder ein Haus mit Garten.

In einigen Quartieren und Grünanlagen beklagen die Familien mangelnde Sauberkeit und Sicherheit.



## VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Familien wünschen sich weniger Stress bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Zeit füreinander. Dafür sollten Zeiten der Arbeit, Ausbildung und Kinderbetreuung flexibler gestaltet werden können.

Hierfür sollten u. a. mehr Ausbildungen und Umschulungen in Teilzeit möglich sein. Von den Alleinerziehenden kam immer wieder der Wunsch, eine geringere Arbeitszeit bei voller Bezahlung ermöglicht zu bekommen.

Insbesondere die zugewanderten Familien und Alleinerziehende sowie einige queere Familien wünschen sich einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und zu besser bezahlten Arbeitsplätzen.

Ausländische Abschlüsse und Visa sollten schneller und einfacher anerkannt werden.

Weiterbildungen, Sprachkurse und vor allem die Angebote des Jobcenters sollten zu familiengerechten Zeiten stattfinden bzw. muss dafür eine passende Kinderbetreuung gewährleistet werden. Zudem wären mehr Sprachkurse auch für solche Eltern förderlich, die keinen gesicherten Aufenthalt in Deutschland haben.

Auf fast allen Familienforen wurde die aufwändige Kitaplatzsuche in Berlin kritisiert. Hier brauchen Familien dringend Verbesserung und ein realistisches Wunsch- und Wahlrecht auf einen Kitaplatz.

Mit Blick auf die Vergabe von Kitaplätzen muss der Benachteiligung von Alleinerziehenden, zugewanderten Familien und Familien mit Kindern mit besonderem Förderbedarf entgegengewirkt werden. Die Betroffenen wünschen sich ein gerechteres Zugangssystem, den Abbau von Vorurteilen sowie mehr Zeit und Qualifikation für das Personal.

Alleinerziehende, die in Teilzeit arbeiten, sollten einen Ganztagesgutschein bewilligt bekommen.

Die Angebote der Kinderbetreuung müssen verlässlich sein, ausgebaut und flexibilisiert werden. Das betrifft auch wohnortnahe Angebote für ergänzende und flexible Kinderbetreuung.

Das Mokis-Angebot sollte bekannter gemacht und niedrigschwelliger werden (Alternative zur Selbstständigkeit der Betreuungspersonen, Bürokratieabbau bei Antragsstellung und für selbstständige Eltern, Erleichterung der stundenweisen Ausübung als Nebentätigkeit).

## BILDUNG: KITAS, SCHULEN UND FACHKRÄFTE

Die Familien wünschen sich eine gute Bildung für ihre Kinder. Für Übergänge (z. B. von der Kita zur Schule oder von der Schule zur Ausbildung) sind Erleichterungen insbesondere für zugewanderte Familien sowie Familien mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen nötig.

Zugewanderten Kindern und Jugendlichen stehen zu wenig Schulplätze zur Verfügung. Gerade die Sprachförderung ist den Eltern wichtig. Sie bemängeln die zunehmende Trennung der Schulen nach Nationen und würden eine Durchmischung begrüßen.

Zugewanderte Familien und Eltern mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen berichten über Benachteiligungen ihrer Kinder im Bildungssystem. Sie wünschen sich mehr Integration sowie bessere Nachhilfe und Hausaufgabenförderung.

Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte benötigen für die Arbeit mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen eine Zusatzausbildung. Kitas und Schulen sollten verstärkt mit Fachkräften aus anderen Professionen, z. B. Therapeutinnen und Therapeuten, zusammenarbeiten. Den Elternpool mit Erfahrungshintergrund gegen den akuten Fachkräftemangel zu nutzen, wäre dabei eine Möglichkeit zur Problemlösung und zugleich zur Umsetzung des Teilhabegrundsatzes.

In Berlin mangelt es an verlässlichen schulischen Angeboten für chronisch kranke, behinderte und/oder pflegebedürftige Kinder und Jugendliche. Klare Zuständigkeiten für Kita- und Schulbegleitung sowie zusätzliche und damit bedarfsgerechte Assistenz für Kinder in der Kita und in der Schule sind für eine volle und gleichberechtigte Beschulung unabdingbar. Die entsprechende Richtlinie<sup>7</sup> der Senatsverwaltung zur vorzugsweisen Anwendung der Teilhabe an Bildung muss von den Bezirken realisiert werden. Möglicherweise bedarf es hierzu einer entsprechenden Ausführungsvorschrift.

Zur Wahrnehmung des geteilten Bildungsauftrages durch Kita, Schule und Familie müssen die Fachkräfte mehr über Intersektionalität wissen. Die Ausbildung sollte daher auch Themen wie Inklusion, Armut und Queerness beinhalten. Die Bildungsangebote des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg sind diesbezüglich auszuweiten.

Die Familien beunruhigt der oft unkontrollierbare Medienkonsum. Sie wünschen sich mehr Medienerziehung in den Schulen, speziell auch für jüngere Kinder.

## ANGEBOTE UND NETZWERKE

Orte und niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote für Familien werden sehr gut angenommen und sollten dauerhaft gesichert (Regelförderung) und ausgebaut werden sowie wohnortnah sein. Insbesondere für Familienformen mit Diskriminierungserfahrungen und/oder besonderen Belastungserfahrungen stellen sie einen geschützten Raum dar, in dem sie Unterstützung und Rückhalt finden.

Der Bekanntheitsgrad von Informationsangeboten und Einrichtungen für Familien sollte deutlich erhöht werden.

Die Angebote der Stadtteilmütter helfen den Familien und sind daher zu verstetigen und auszubauen. Das Angebotsspektrum sollte dahingehend erweitert werden, dass Stadtteilmütter Mütter auch zu therapeutischen oder ärztlichen Terminen begleiten können. Die Vergütung der Stadtteilmütter muss verbessert werden.

Alleinerziehende benötigen in ihrem Familienalltag bessere Unterstützung durch Entlastungsangebote. Die Einrichtung von Netzwerken und Beratungsstellen für Alleinerziehende in den Bezirken wird als Unterstützung wahrgenommen und sollte weiter ausgebaut werden.

Expats-Familien wünschen sich Plattformen zum Informationsaustausch.

Familien mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen erachten eine zentrale, unabhängige Informationsplattform als soziales Netzwerk für betroffener Eltern für notwendig.

Selbsthilfegruppen für Familien mit besonderen Kindern und Jugendlichen sind ein unterstützendes und notwendiges Element. Sie sollten durch dauerhafte Förderung und Finanzierung mit deutlich weniger Bürokratie fest verankert werden.

Das Fehlen adäquater Angebote für chronisch kranke, behinderte und/oder pflegebedürftige Kinder und Jugendliche führt bei den Eltern zu mehr Pflegeaufwand und zu einer Nichtvereinbarkeit von Familie und Beruf. Entsprechend wird eine höhere Angebotsbreite für Betroffene benötigt.

Insbesondere zugewanderte Familien und Alleinerziehende wünschen sich auch mehr Angebote für Familienreisen.

Queere Familien fordern mehr staatliche und nicht-staatliche Beratungsstellen mit queerem Verständnis für Intersektionalität.

7 - Jugend-Rundschreiben Nr. 1/2020 vom 21.04.2020: Umsetzung des Bundes-teilhabegesetzes (BTHG) im Bereich Jugend, Nr. 5: „Leistungen der Teilhabe an Bildung sind vorrangig einzusetzen, bevor Leistungen der Sozialen Teilhabe in Betracht kommen ... Soweit Zweifelsfälle vorliegen, ist bei Minderjährigen grundsätzlich von einer Teilhabe an Bildung auszugehen.“ Die Bezirke wenden dennoch die Leistungen der (für die Familien kostenfreien) Teilhabe an Bildung nicht an, sondern werten diese als Soziale Teilhabe, die von den Familien finanziert werden muss.

Mehrfach wurde der Wunsch geäußert, die Familienforen als Möglichkeit zum respektvollen Austausch und zur Weitergabe von Anliegen regelmäßig anzubieten.

## GESUNDHEIT

Auf fast allen Foren wurde das Anliegen laut, mehr Hebammen, Kinderärztinnen und -ärzte, Frauenärztinnen und -ärzte sowie Therapieplätze zur Verfügung zu haben. Zugewanderte Familien wünschen sich mehr Unterstützungsmöglichkeiten durch die Stadtteilmütter.

Besonders Alleinerziehende und zugewanderte Familien haben Existenzängste. Sie benötigen mehr finanzielle Sicherheit und größere bezahlbare Wohnungen. Einige zugewanderte Familien und Alleinerziehende belasten zusätzlich die fehlende Familienzusammenführung und ihr Duldungsstatus. Auf Alleinerziehenden lastet zudem der starke Druck, für alles allein verantwortlich zu sein.

Vor allem Alleinerziehende und Eltern chronisch kranker, behinderter und/oder pflegebedürftiger Kinder und Jugendlicher brauchen dringend einen Zeitpuffer für sich, um wichtige Dinge erledigen zu können oder auch mal Luft zu holen und etwas zum Erhalt der eigenen Gesundheit zu tun. Dafür benötigen sie entsprechende Betreuungsangebote für ihre Kinder (z. B. flexible Kinderbetreuung, Kurzzeitpflege, Nachmittagsbetreuung).

Ein Ausbau der Betreuung in Form einer Kurzzeitpflege für Kinder und Familien in den Ferien oder auch in Krisensituationen (wenn beispielsweise die Mutter erschöpft oder krank ist), würde die Familien enorm entlasten. Berlin sollte daher das Angebot an klientelabgestimmten (heil-)pädagogischen Kurzzeitpflegeeinrichtungen ausbauen. Der Kurzaufenthalt sollte mit gezielten Fördermaßnahmen zur Entwicklung der Selbstständigkeit verbunden werden.

Familien chronisch kranker Kinder mit einer neu festgestellten Diagnose benötigen feste Ansprechpersonen (Lotsin/Lotse), da es für sie kaum leistbar ist, sich

ohne fachliche Unterstützung durch ein schwer durchschaubares Hilfsangebot zu kämpfen.

Queere Familien benötigen mehr Unterstützung beim Zugang zur Reproduktionsmedizin, weil Kostenübernahmen durch Krankenkassen teilweise fehlen und es oft an der Sensibilisierung des ärztlichen Personals mangelt. Die als diskriminierend wahrgenommene Haltung der Berliner Ärztekammer und der Bundesärztekammer bedarf dabei einer dringenden Änderung.

# ZUSAMMENFASSUNG

Viele **Familien sind vom Alltag erschöpft** und brauchen Entlastung. Sie wünschen sich mehr Zeit miteinander, für sich und für notwendige Erledigungen. Familie ist ihnen wichtig, denn sie gibt Halt und Unterstützung.

Auf allen Foren wurde die hohe **Belastung durch die** (zunehmende) **Bürokratie** beklagt. Das betrifft den Aufwand, sowohl um die Ämter zu erreichen als auch um die notwendigen Anträge für Familienleistungen zu stellen sowie die Verwaltungssprache und -vorgänge zu verstehen. Wiederholt die gleichen Unterlagen bei unterschiedlichen Behörden einzureichen, wird als unnötig angesehen. Daher sollte es für Familien nur eine Anlaufstelle für ihre Anliegen geben, und die Verwaltungsabläufe sind zu vereinfachen. Damit würde auch die Verwaltung entlastet werden.

In allen Gesprächsrunden waren die Herausforderungen bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** in unterschiedlichem Ausmaß Thema. Es ist für alle Familien zeitraubend, einen passenden Kita- bzw. Schulplatz für ihre Kinder zu finden. Teilzeitausbildungen zu absolvieren oder Jobcenterangebote wahrzunehmen, die oft nicht mit Kinderbetreuungszeiten einhergehen, ist in der Regel schwierig. Um den Beruf gut mit dem Familienalltag verbinden zu können, helfen den Eltern flexible Arbeitszeiten, Homeofficeregelungen, verständnisvolle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie flexible Betreuungsangebote für Alleinerziehende.

Noch problematischer ist es, wenn Familien zusätzlich besondere Belastungen zu tragen haben oder aufgrund verschiedener Merkmale gesellschaftlich benachteiligt werden. Dazu zählen u. a. Alleinerziehende, arme Familien, Familien mit Zuwanderungsgeschichte, queere Familien oder Familien mit chronisch kranken, behinder-

ten und/oder pflegebedürftigen Familienangehörigen. Diese Familien erleben oft **Diskriminierungen** im Alltag, aber auch durch gesetzliche Regelungen, Behörden und Institutionen. Wenn dann noch Intersektionalität, also mehrfache Diskriminierung, hinzukommt – beispielsweise Armut und zugleich Alleinerziehendenstatus, Pflegemutter und zugleich Lesbe, chronisch krankes Kind und zugleich zugewandert –, dann sind diese Familien von der Gesellschaft oft nahezu ausgeschlossen.

Besonders diese Familien berichten von **beengten und schlechten Wohnverhältnissen** und ihrer aussichtslosen Suche nach größeren Wohnungen. Die Wohnsituation belastet auch das Familienklima und führt dazu, dass viele Kinder keinen Rückzugsort zum Lernen und für Hausaufgaben haben. Wenn sie dann noch in Räumen schlafen müssen, in denen Ältere länger wach bleiben, kommen sie oft übermüdet zur Schule. Dadurch haben sie deutlich schlechtere Bildungschancen.

**Armutsbetroffene oder armutsbedrohte Familien**, zu denen auf den Foren insbesondere Alleinerziehende und zugewanderte Familien zählten, treiben vorrangig finanzielle Nöte und Existenzängste. Sie berichten von psychischen und physischen Belastungen.

**Eltern chronisch kranker, behinderter und/oder pflegebedürftiger Kinder** müssen besonders viele Herausforderungen meistern. Sie sind meist auf sich allein gestellt und dadurch überwiegend erschöpft, was dazu führt, dass ihre eigene Gesundheit gefährdet wird. Der Alltag ist geprägt von der Gesundheits- und Pflegesituation inklusive medizinisch oft komplexen Behandlungen der Kinder, dem Fehlen passender und zuverlässiger Bildungs- und Betreuungsangebote, der Stigmatisierung und damit verbundenen Isolation, einem hohen Büro-

kratieaufwand u. a. durch unklare Zuständigkeiten der Unterstützungsleistungen, der Unmöglichkeit, einer geregelten Arbeit nachzugehen und der dadurch resultierenden Armutgefährdung, oftmals fehlenden Zukunftsperspektiven u. v. m. Trotzdem werden diese vielfach belasteten Familien von der Gesellschaft kaum wahrgenommen. Der alte Gedanke der Fürsorge ist prägend, nicht der Paradigmenwechsel hin zur selbstbestimmten Teilhabe in allen Lebensbereichen. Die betroffenen Familien müssen sichtbar werden, und sie benötigen dringend mehr Unterstützung und Perspektiven.

**Queere Familien** erleben Diskriminierungen durch Gesetze und Verwaltungsabläufe (Abstammungsrecht, Prozess der Stiefkindadoptionen, Erbschaftsrecht, Formulare mit vorgegebener Zweigeschlechtlichkeit). Hier ist eine Gleichstellung mit heterosexuellen Familien dringend notwendig.

**Zugewanderte Familien** erfahren durch die Stadtteilmütter viel Unterstützung. Allerdings sollten deren Aufgaben- und Leistungsbereich erweitert werden, beispielsweise um die Begleitung Betroffener zum Jobcenter oder von Schwangeren zu Praxen für Frauenheilkunde. Niedrigschwellige Angebote, wie Sprachcafés, Mütterunden und Frühstücksangebote, helfen den Familien. Sie berichten von vielen Hürden beim Ankommen: die Komplexität der Gesellschaft; die kulturellen und sprachlichen Barrieren, schlechte Erfahrungen mit Behörden samt fehlenden Informationsmöglichkeiten in Englisch oder gar der Herkunftssprache; viel Bürokratie; die aufwändige oder fehlende Anerkennung von Schul-, Studien- oder Berufsabschlüssen; die Schwierigkeiten, eine Wohnung, Kita, Schule und Arbeit zu finden oder ärztliche Angebote wahrzunehmen; die fehlenden Sprachangebote für geduldete Menschen oder auch die teilweise fehlende Kinderbetreuung bei Sprachkursen. Von all diesen Problemen berichten auch die Expats, also die internationalen Fachkräfte, die mit ihren Familien kommen oder hier eine Familie gründen wollen. Bei geflüchteten Familien kommen psychische Belastungen hinzu, insbesondere, wenn der Familiennachzug nicht erfolgt und sie deshalb alleinerziehend sind.

**Informationen und Halt** bekommen Familien z. B. in Familienzentren, Familiencafés, Nachbarschaftshäusern, bei Selbsthilfegruppen, Familienberatungsstellen und Familienbüros. Diese Angebote sollten wohnortnah, d. h. fußläufig erreichbar sein. Spezielle Familienformen schätzen die extra auf sie zugeschnittenen Orte und Angebote (z. B. Regenbogenfamilienzentren, das Väterzentrum, Sprachcafés, Selbsthilfegruppen für Eltern chronisch kranker Kinder oder die Angebote der Netzwerke für Alleinerziehende). Diese bieten einen geschützten Raum, fachkundige Beratung, Unterstützung durch Gleichgesinnte oder auch einfach einmal die Möglichkeit auszuspannen. Allerdings sind diese Einrichtungen in Berlin überwiegend projekt- und nicht langfristig finanziert, zudem oft lediglich mit Teilzeitstellen oder sogar nur stundenweiser Honorartätigkeit. Die Einrichtungen sollten eine dauerhafte, institutionelle Förderung erhalten, um konstant qualitativ hochwertige und beziehungsorientierte Beratungen gewährleisten zu können.

**Insgesamt** lässt sich feststellen, dass die Foren diverse Studienergebnisse bestätigen: Familien müssen entlastet werden, und sie benötigen mehr Unterstützung, um gleiche Teilhabechancen in unserer Gesellschaft zu erhalten. Durch politische Entscheidungen und die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen ließe sich der Erschöpfungszustand von Familien verbessern. Ausreichend Vorschläge zur Verbesserung ihrer Situation äußern die Familien selbst. Sie sollten Gehör finden. Familienpolitik muss im Mittelpunkt politischen Handelns stehen.

# DANKSAGUNG

Wir bedanken uns vor allem bei den Berliner Familien für ihre Anregungen, ihre Offenheit, ihr Vertrauen und ihre Zeit, die sie uns auf den Familienforen gegeben haben.

Unterstützung bei der Durchführung der Familienforen erhielten wir von zahlreichen Institutionen im Bereich der Arbeit mit und für Familien in Berlin. Wir führten die Foren in Kooperation durch oder waren unsererseits selbst Kooperationspartner bei Veranstaltungen.

Wir danken insbesondere:

- der Alice-Salomon-Hochschule (ASH),
- der Ambulanten sozialpädagogischen Erziehungshilfe e. V. (ASPE),
- der Carl-von-Ossietzky-Schule und deren Gesamtelternvertretung,
- dem Familienzentrum RING,
- dem Interkulturellen Familienzentrum tam,
- dem Jugendhaus B8,
- dem Kinder Pflege Netzwerk für Familien mit chronisch kranken, behinderten und/oder pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen e. V.,
- der Koordinierungsstelle des Netzwerks für Alleinerziehende in Mitte,
- der Koordinierungsstelle des Netzwerks für Alleinerziehende in Neukölln,
- der Koordinierungsstelle des Netzwerks für Alleinerziehende in Steglitz-Zehlendorf,
- dem Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e. V.,
- der Pfarrgemeinde Briesestr. 17,
- dem Quartiersmanagement High-Deck-Siedlung/Sonnenallee Süd,
- dem Regenbogenfamilienzentrum Lichtenberg,
- dem Regenbogenfamilienzentrum Berlin,
- der Schule in der Kölnischen Heide,

- dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Berlin,
- dem Treffpunkt LesLeFam e. V.,
- dem Väterzentrum e. V. Berlin,
- der Villa Donnersmarck,
- der Zalando Parents Group.

Darüber hinaus danken wir der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die diese Familienforen im Rahmen ihrer Zuwendung an den Berliner Beirat für Familienfragen ermöglicht.

Wir danken auch anderen Berliner Verwaltungen und der Politik für ihr Interesse an den Ergebnissen der Familienforen und für ihre Bemühungen Familien das Leben in Berlin zu erleichtern.

Zu guter Letzt bedanken wir uns bei dem Argo-Team, das uns bei der Moderation und Dokumentation der Familienforen unterstützte, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

## HERAUSGEBER

### **BERLINER BEIRAT FÜR FAMILIENFRAGEN**

Der Berliner Beirat für Familienfragen ist ein von der Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie berufenes unabhängiges, ehrenamtliches, gesellschaftlich repräsentatives Gremium, das sich aus den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft zusammensetzt. Der Beirat berät den Senat in Fragen der Familienpolitik, gibt Impulse für familienpolitische Maßnahmen und setzt sich für die Interessen der Familien ein. Er veröffentlicht in jeder Legislaturperiode einen Familienbericht für das Land Berlin und betreibt bis Ende 2023 das Berliner Familienportal [www.berlin.de/familie](http://www.berlin.de/familie).

Der Berliner Beirat für Familienfragen ist ein von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefördertes Projekt.

## KONTAKT, ANFRAGEN UND ANREGUNGEN

### **BERLINER BEIRAT FÜR FAMILIENFRAGEN**

c/o Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin  
Ostseestraße 109 | 10409 Berlin  
Tel.: 030/28 47 019-60  
E-Mail: [post@familienbeirat-berlin.de](mailto:post@familienbeirat-berlin.de)

[www.familienbeirat-berlin.de](http://www.familienbeirat-berlin.de)  
Facebook: FamilienbeiratBerlin  
X (ehemals Twitter): @familienbeirat

## IMPRESSUM

Trägerin der Geschäftsstelle des Beirats ist die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, [www.jfsb.de](http://www.jfsb.de).

V. i. S. d. P.: Kazım Erdoğan, Vorsitzender  
des Berliner Beirats für Familienfragen,  
Geschäftsstelle des Berliner Beirates  
für Familienfragen,  
c/o Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin  
Ostseestraße 109 | 10409 Berlin

### **Gestaltung**

[markenbiss.de](http://markenbiss.de)

### **Fotos**

Argo-Team und Berliner Beirat für Familienfragen

### **Druck**

WIRmachenDRUCK GmbH

### **Auflage**

300

### **Erscheinungsjahr**

Dezember 2023



**BERLINER  
FAMILIEN**

**KOMMEN ZU WORT**

**DOKUMENTATION DER  
FAMILIENFOREN**

**2022/23**